



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



2012 bis 2017 – Bilanz der Wahlperiode

Inhalt

Bilanz der Wahlperiode	5 – 11
Daniel Günther (CDU): „Wenig investiert“	6
Ralf Stegner (SPD): „Viel bewegt“	7
Eka von Kalben (Grüne): „Ökologisch und weltoffen“	8
Wolfgang Kubicki (FDP): „Engagiert debattiert“	9
Patrick Breyer (Piraten): „Frech und kreativ“	10
Lars Harms (SSW): „Geschichte geschrieben“	11
„Friesenhof“-Ausschuss schließt Untersuchungen ab	12
Nachgehakt: Assistenzhunde, EU-Bürgerinitiative, Tempo 30, männliche Küken	13
Ausschüsse: Schulkosten, Petitionen, S-Bahnlinie 4, Platt-Beirat	14
Personalien	16
Im Zentrum	18 – 19
14 Abgeordnete sagen Tschüs	
Plenarberichte	20 – 22
CETA bleibt umstritten	20
Neuer Feiertag, Opferhilfe	21
Traditionsschiffe, muttersprachlicher Unterricht	22
Die Seite für das Ehrenamt	23
Landtagswahl 2017	24 – 31
Das Wahl-ABC	24
Der Wahl-O-Mat hilft bei der Entscheidung	26
Wahl-Meldungen, Parteien und Ergebnisse	27
Rückblick 1979, 1992, 2005: Kieler Wahlnächte sind lang	28
Leichte Sprache: Wie wählt man den Land-Tag?	30
Volksabstimmungen und die „Schweiz des Nordens“	31
Politische Bildung	32 – 33
FAZ-Redakteur Jasper von Altenbockum über Populismus	32
Interview: „Thomas Mann und Theodor Storm sind politisch hochaktuell“	33
Bücherecke, Impressum	34
Ins Bild gerückt: zu Besuch im Landeshaus	35
Termine, Termine, Termine	36



Liebe Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner,

am 7. Mai sind Sie aufgerufen, Ihre Stimme für die Wahl des Landtages abzugeben. Diese Stimmabgabe – Ihre Stimme – ist wichtig für die Zukunft unseres Landes, denn Ihre Entscheidung für einen Kandidaten oder eine Kandidatin und für die Landesliste einer Partei stellt die politischen Weichen für die kommenden fünf Jahre.

Diese Möglichkeit, sich in freier Wahl an der zukünftigen politischen Gestaltung des eigenen Landes zu beteiligen, haben leider viele Menschen nicht. Mit Sorge müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass in einigen Staaten dieser Erde demokratische Rechte eingeschränkt und kritische Stimmen brutal unterdrückt werden.

Nutzen Sie auch angesichts der vielen Menschen auf der Welt, die ihrem politischen Willen keinen Ausdruck in einer demokratischen Wahl verleihen können, Ihr Stimmrecht: Ihre Stimme zählt – für unser Land Schleswig-Holstein und für die Demokratie!

Unser Land steht vor großen Herausforderungen, und viele wichtige Entscheidungen werden in den nächsten fünf Jahren in unserem Parlament, dem Schleswig-Holsteinischen Landtag, getroffen. Die Abgeordneten, die dort miteinander diskutieren und zu Entscheidungen kommen, sind die Vertreterinnen und Vertreter aller Bürgerinnen und Bürger. Nutzen Sie die Gelegenheit, mit den Kandidatinnen und Kandidaten ins Gespräch zu kommen. Sagen Sie ihnen, was Ihnen wichtig ist. Informieren Sie sich über das, was die Parteien für die Zukunft Schleswig-Holsteins vorhaben und nutzen Sie die Informationsmöglichkeiten des Landtages.

Eine Demokratie kann auf keine Stimme, sie kann auf keine Bürgerin und keinen Bürger verzichten – jeder ist wichtig, jeder gehört dazu, und jeder kann und soll seinem politischen Willen bei der Wahl Ausdruck geben.

Ich bitte Sie deshalb, am 7. Mai wählen zu gehen und damit zu zeigen, dass wir eine lebendige Demokratie sind, die davon lebt, dass jede Stimme zählt!

Ihr

Klaus Schlie,
Landtagspräsident

ZÄHLBARES

13,24 €

So viel kostet der Landtag jeden Schleswig-Holsteiner im Jahr. 37,8 Millionen Euro aus dem 11,3 Milliarden-Etat für 2017 sind für das Parlament vorgesehen. Das sind 0,34 Prozent der gesamten Ausgaben.

Steinmeier warb in Kiel um Stimmen



Mitte Januar, rund drei Wochen vor seiner Wahl zum Bundespräsidenten, besuchte Frank-Walter Steinmeier den Landtag. Auf Einladung der SPD-Fraktion warb der damalige Außenminister im Plenarsaal um die Stimmen der schleswig-holsteinischen Delegierten in der Bundesversammlung. In einer Fragerunde stand der Sozialdemokrat zu zahlreichen Themen der Innen- und Außenpolitik Rede und Antwort. Steinmeiers Tour durch alle 16 Landtage war erfolgreich. Die Bundesversammlung wählte ihn am 12. Februar mit 75-prozentiger Zustimmung zum neuen Staatsoberhaupt. Am 18. März trat er das Amt als Nachfolger von Joachim Gauck an.

Wortwörtlich



„Ich bedanke mich für viele Freundschaften, für 21 gute Jahre. Ich wünsche mir, dass Sie alle hier, gleich an welcher Stelle Sie nach den Landtagswahlen Verantwortung tragen werden, mit Ihrer Kraft den Kampf für ein gutes, friedvolles Europa fortführen werden.

Dazu gibt es in der Tat keine Alternative.“

(Europaministerin Anke Spoorendonk, SSW)



„Weil dies eine Bildungsdebatte ist, und weil ein solcher Moment auch immer durch ein Zitat einer berühmten Persönlichkeit begleitet wird, möchte ich Lukas Podolski zitieren: ‚Das waren geile Jahre. Am liebsten würde ich mit euch allen ein Selfie machen. Eine Träne im Auge ist nicht da. Aber da sind noch der Bauch und das Herz, und da ist ordentlich was los.‘“

(Peter Eichstädt, SPD)



„Ich möchte mich ausdrücklich bei meinen Kollegen des Finanzausschusses bedanken, die mich von Anfang an bei der Arbeit unterstützt haben. Alle Kollegen haben sich Mühe gegeben, mir Zusammenhänge, die man als junger Politiker nicht wissen kann, zu erklären. Das war mir eine große Hilfe.“

(Torge Schmidt, Piraten)



„Ich werd Se'n bissken vermissen. Meine Omma würde sagen: Allet Prachtexemplare hier, alle wie Sie da sind. Auch Sie, Herr Stegner. Alle! Machet wat fürs Land, ich mach jetzt was anderes – und dat is auch schön.“

(Heike Franzen, CDU, aufgewachsen im Ruhrgebiet)



„Ich werde in den nächsten 20 Jahren das Tun in diesem Hause ‚von draußen begucken‘. Da ich mich schon etwas länger kenne, werde ich wahrscheinlich in spätestens einem Jahr zu der Erkenntnis gelangen, dass Sie hier wirklich nur noch oberflächlich daherschwafeln und dass logischerweise früher, als ich noch da war, alles viel besser war. Vielleicht kandidiere ich in 20 Jahren noch einmal und komme wieder.“

(Rainer Wiegard, CDU)



„Ich hatte die große Ehre, einen Blick in das Parlament als ein Parlament von Menschen für Menschen zu werfen. Es sitzt nicht das Gute und das Böse im Parlament, sondern im Parlament sitzen Menschen. Wenn mehr Leute diesen Blick gehabt hätten, würde es viel weniger Politikverdrossenheit geben. Wir müssen es schaffen, diesen Blick auf das Parlament als großer Haufen von Leuten, die ihr Bestes geben, um etwas für die Menschen zu machen, weiter zu transportieren und lebendig zu halten.“

(Sven Krumbek, Piraten)



Volker, wenn du demnächst nicht mehr da bist,
ist mein letzter Klatscher weg.“

(Hans-Jörn Arp, CDU, zu seinem Fraktionskollegen Volker Dornquast, der nicht wieder kandidiert)



Abschiedsworte aus der März-Tagung,
der letzten Plenarsitzung vor der Landtagswahl am 7. Mai.
Mehr auf den Seiten 18 und 19.

Johanna Skalski neu im Landtag



Seit Anfang Januar ist Johanna Skalski Mitglied der SPD-Fraktion. Die 39-jährige Rechtsanwältin aus Elmshorn rückte für ihren Parteikollegen Lars Winter nach, der zum Bürgermeister von Plön gewählt wurde und der sein Landtagsmandat Ende Dezember niedergelegt hatte. Skalski arbeitet im Innen- und Rechts- sowie im Petitionsausschuss mit. Zu Beginn der Januar-Tagung sprach sie vor dem Parlament die Eidesformel.

Landtag muss Einkünfte veröffentlichen

Die Abgeordneten des im Mai neu zu wählenden Landtages müssen ihre Nebeneinkünfte offenlegen. Das sieht ein Gesetz vor, das Koalition und CDU gemeinsam im März beschlossen haben. FDP und Piraten waren dagegen. Den Liberalen ging die Neuregelung zu weit, den Piraten nicht weit genug.

Demnach müssen Abgeordnete künftig darlegen, welche berufliche Tätigkeit sie neben ihrem Mandat ausüben, ob sie an Firmen beteiligt sind oder ob sie im Vorstand, Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat eines Unternehmens sitzen. Bislang blieben die Einkünfte aus diesen Tätigkeiten geheim, sie mussten lediglich dem Landtagspräsidenten gemeldet werden.

Künftig sollen die Einnahmen auf der Website und im Handbuch des Landtages veröffentlicht werden. Dabei sollen sich die Parlamentarier in eine von mehreren Stufen einordnen. Die Skala reicht von Stufe 1 (jährliche Einkünfte bis 3.500 Euro) bis Stufe 9 (bis 250.000 Euro jährlich). Darüber hinaus soll, falls nötig, für jeweils 30.000 Euro mehr eine neue Stufe eingeführt werden. Damit übernimmt der Landtag größtenteils die Regelung des Bundestages. Allerdings gilt eine Ausnahme: Der Landtagspräsident kann „im Benehmen mit dem Ältestenrat“ einen Abgeordneten von der Offenlegungspflicht befreien.

Zudem wurde das Abgeordnetengesetz um eine Regelung ergänzt, wonach die Ausübung des Mandats „im Mittelpunkt“ der beruflichen Aktivitäten stehen muss. Berufliche Tätigkeiten neben dem Mandat sollen aber „grundsätzlich zulässig“ sein.

Verfassungsrichter beraten über Ordnungsruf

Wegen eines Ordnungsrufs von Landtagspräsident Klaus Schlie hat Piraten-Fraktionschef Patrick Breyer Klage beim Landesverfassungsgericht eingereicht. Das Gericht solle feststellen, dass der Ordnungsruf gegen die verfassungsrechtlich garantierte Redefreiheit verstoße, so Breyer. Die Verhandlung ist für den 21. April in Lübeck angesetzt.

Breyer hatte in der Dezember-Tagung kritisiert, dass ein Spitzenjob am Landesrechnungshof (LRH) ohne öffentliche Ausschreibung vergeben wurde. Er bezweifelte, dass der zur Wahl stehende Kandidat am besten qualifiziert sei. Schlie erteilte Breyer daraufhin einen Ordnungsruf. Dessen Verhalten beschädige die Persönlichkeitsrechte des Kandidaten. Den Ordnungsruf kritisierte Breyer wiederum als „Maulkorb“. Sein Einspruch dagegen wurde aber im Januar von allen anderen Fraktionen abgewiesen.

Landtagspräsident Schlie begründet seinen Ordnungsruf damit, dass alle Fraktionen im Ältestenrat einvernehmlich verabredet hätten, keine öffentliche Debatte zur LRH-Wahl zu führen – auch die Piraten. Es gehe darum, die „zu wählende Person nicht durch eine parlamentarische Debatte in ihrem Ansehen zu beschädigen“.



Landtag-Infos für Hörgeschädigte

Die Internetseite des Landtages bietet jetzt auch Informationen für Hörgeschädigte. In insgesamt neun mehrminütigen Videos wird in Deutscher Gebärdensprache erklärt, wie das Landesparlament arbeitet, welche Aufgaben die Abgeordneten haben, wie die Landtagswahl abläuft oder wie die Beauftragten den Bürgern helfen. Die Firma „centralVISION“ aus Berlin hat die Videos produziert, Gebärdendolmetscherin Katja Fischer übersetzt die gesprochenen Texte.

Die Videos stehen auf www.sh-landtag.de unter der Rubrik „Parlament“ und dem Stichwort „Leichte Sprache“ und sind auch über den YouTube-Kanal des Landtages abrufbar.

Wahl-Interviews in Leichter Sprache

Der Landesbeauftragte für politische Bildung und das Lebenshilfswerk Mölln-Hagenow (Kreis Lauenburg) produzieren im Vorfeld der Landtagswahl Video-Podcasts in Leichter Sprache. Im Mittelpunkt stehen Interviews, die Menschen mit Behinderung mit Spitzenpolitikern der im Landtag vertretenen Parteien führen. Daniel Günther (CDU), Torsten Albig (SPD), Monika Heinold (Grüne), Heiner Garg (FDP), Patrick Breyer (Piraten) und Lars Harms (SSW) stellen sich den Fragen des Lebenshilfswerks. Schwerpunkte sind Wohnungsbau und Barrierefreiheit.

„Das Projekt soll Menschen mit Behinderung ermutigen, sich im Vorfeld der Landtagswahl mit gesellschaftlichen und politischen Themen auseinanderzusetzen“, so der Landesbeauftragte Christian Meyer-Heidemann. Die Filme werden vom Lebenshilfswerk in der politischen Bildungsarbeit eingesetzt und auf der Website des Landesbeauftragten veröffentlicht: www.politische-bildung.sh

Mehr Wahl-Infos in Leichter Sprache auf Seite 30.

Kandidaten für den Medienrat

Die sieben schleswig-holsteinischen Sitze im 14-köpfigen Medienrat der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) sind neu zu besetzen. Laut Staatsvertrag kann sich „jede gesellschaftlich relevante Gruppe, Organisation oder Vereinigung, die ihren Sitz in Schleswig-Holstein hat“, um einen der sieben Sitze sowie der zwei Stellvertreterposten bewerben. Jeder Vorschlag muss eine Frau und einen Mann enthalten. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre. Die Kandidaten sollten über Fachkenntnisse, etwa in den Bereichen Medienrecht, Medienpädagogik, Rundfunktechnik oder Journalismus, verfügen. Interessierte werden gebeten, ihre Vorschläge bis zum 12. Juni beim Landtag (Abteilung 2, Postfach 7121, 24171 Kiel) einzureichen. Der Medienrat ist unter anderem für die Frequenzzuweisung und den Jugendschutz zuständig.

Landtag empfängt Soldatenfamilien: „Zeichen der Wertschätzung“

Ende März hat der Landtag Angehörige von Bundeswehrsoldaten empfangen, die zurzeit auf Auslandseinsatz sind – etwa am Horn von Afrika, in der Türkei, im Irak, in Syrien, Afghanistan, Mali oder im Kosovo. Rund 150 Familienmitglieder kamen zu der traditionellen „Begegnung vor Ostern“, die das Parlament gemeinsam mit den Familienbetreuungscentren Kiel und Husum bereits zum siebten Mal organisiert hat. Der Empfang sei ein Zeichen der Wertschätzung, erklärte Landtagspräsident Klaus Schlie: „Wir vergessen weder unsere im Ausland stationierten Soldatinnen und Soldaten, noch ihre Familien.“

Zudem bekämen die Abgeordneten einen Eindruck, „was ein Auslandseinsatz für eine Familie bedeutet“, unterstrich Schlie: „Ich halte es für wichtig, dass wir die Sorgen und Nöte der Familien kennen“. Eine alljährliche Begegnung zwischen Parlament und Familien von Soldaten im Auslandseinsatz gebe es „in dieser Form nur in Schleswig-Holstein“, betonte der Landtagspräsident.



Mads und Maximilian argumentierten am besten

Mads Nissen (16, li.) von der Domschule Schleswig und Maximilian David Ferst (17, re.) von der Stormarnschule Ahrensburg sind die besten jungen Redner in Schleswig-Holstein. Sie entschieden Mitte März das Landesfinale des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ im Plenarsaal für sich. Mads siegte in der Altersgruppe 1 (Klasse 8 bis 10). Er diskutierte mit drei weiteren Finalteilnehmern darüber, ob Lieder mit politischem Inhalt zum Eurovision Song Contest zugelassen werden sollten. Bei den Jahrgangsstufen 11 bis 13 vertrat Maximilian seine Position am überzeugendsten. Die Debatte drehte sich um die Frage, ob es der Polizei erlaubt werden sollte, DNA-Spuren zur Bestimmung der äußeren Erscheinung von Straftätern zu nutzen.

Platz zwei erreichten Nils Kalle Radestock aus Neumünster und Tom Lenuweit aus Quickborn. Sieger und Zweitplatzierte reisen zum Bundesentscheid vom 15. bis 17. Juni in Berlin.

12. Juni 2012:
Torsten Albig (SPD, re.) übernimmt das Amt des Ministerpräsidenten von Peter Harry Carstensen (CDU).



14. Juni 2016:
Beim Festakt zum 70. Jubiläum des Landtages treffen sich vier Parlamentspräsidenten (v. li.): Torsten Geerdts (2009 bis 2012), Ute Erdsiek-Rave (1992 bis 1996), Klaus Schlie (seit 2012), Martin Kayenburg (2005 bis 2009).

5. Juni 2015:
Eine Verordnung aus dem Bundesarbeitsministerium legt den Paternoster im Landeshaus sechs Tage lang still. Proteste und bundesweite Schlagzeilen folgen.



13. September 2013:
Das Landesverfassungsgericht bestätigt die Sonderrolle des SSW im Wahlrecht. Mit 4:3 Stimmen bleibt die Befreiung von der Fünfprozenthürde bestehen.



8. Oktober 2014:
Der Landtag reformiert die Landesverfassung. Kernpunkte: transparente Verwaltung, einfachere Volksbegehren – aber kein Gottesbezug.

2012 bis 2017 Bilder und Ansichten

Die politische Bilanz der vergangenen fünf Jahre fällt im Landtag unterschiedlich aus. Wie sie die Zeit seit der Regierungsübernahme der rot-grün-blauen Koalition im Juni 2012 beurteilen, legen die Fraktionsvorsitzenden auf den folgenden sechs Seiten dar.

12. Juli 2015:
15.000 Gäste besuchen das Landeshaus am Tag der offenen Tür.



22. März 2013:
Bundespräsident Joachim Gauck besucht den Landtag und fordert – teils auf Plattdeutsch – eine aktive Bürgergesellschaft.

Daniel Günther (CDU):

„Trotz Rekordeinnahmen hat die Koalition zu wenig investiert“

„**U**nsere Steuereinnahmen haben sich in den letzten fünf Jahren prächtig entwickelt. Davon haben Vorgängerregierungen nur träumen können. 2,5 Milliarden Euro haben SPD, Grüne und SSW mehr zur Verfügung als die schwarz-gelbe Vorgängerregierung. Leider merken die Menschen im Land kaum etwas davon.

Froh bin ich darüber, dass – nach langem Druck von Opposition und Gewerkschaften – die Landesregierung mittlerweile auf die Stellenstreichungen bei der Polizei verzichtet. Allerdings ist der Rückzug aus der Fläche genau das falsche Signal und schwächt das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung.

Der Sport in Schleswig-Holstein kommt ohne eine Finanzspritze des Landes nicht aus. Viele kommunale Sport- und Schwimmstätten müssen saniert werden. Hier hat sich die Hartnäckigkeit der CDU der vergangenen Jahre ausgezahlt. Allerdings reichen die veranschlagten Haushaltsmittel bei Weitem nicht aus, um den Sanierungstau zu beheben.

Die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) hat gezeigt, wie wichtig es war, die Vorgänge um den „Friesenhof“ parlamentarisch aufzuklären. Letztendlich hat der PUA dazu beigetragen, dass die Abläufe im Sozialministerium heute besser sind als noch vor wenigen Jahren. Davon profitieren am Ende alle Kinder in Einrichtungen der Kinder- und Jugendpflege.



Solche Einnahmesteigerungen, wie es sie in den letzten Jahren gegeben hat, wünscht sich jede Landesregierung. Leider sind die damit verbundenen Chancen für das Land ungenutzt geblieben. Bei diesen Rekordeinnahmen ist es nicht vermittelbar, warum sich das Land in den letzten Jahren immer weiter aus der Kita-Finanzierung zurückgezogen hat und Eltern heute die höchsten Beiträge aller Zeiten zahlen.

90 Millionen Euro sind jedes Jahr nötig, um unsere Landesstraßen wieder in ihren Zustand von 1990 zu versetzen. Leider war diese Summe in keinem Haushalt von SPD, Grünen und SSW zu finden. Insgesamt hat die Regierungskoalition Investitionen sträflich vernachlässigt. Die Investitionsquote hat Rot-Grün-Blau massiv gesenkt.

Bei den Planungen neuer Straßen hat die Landesregierung auf ganzer Linie versagt. Die A20 ist in dieser Legislaturperiode keinen Meter weitergekommen. Spätestens die Posse um den Adlerhorst hat gezeigt, wo die Probleme liegen. Die Kommunikation zwischen den Ministerien klappt nicht. Das Schlimme: Weil die Landesregierung keine Planungsreife herstellt, können Bundesgelder in dreistelliger Millionenhöhe nicht verbaut werden.

Mit der Reform der Lehrerbildung und der Abschaffung von Schulart-Empfehlungen und Querversetzungen haben SPD, Grüne und SSW ihre ideologischen Vorstellungen auf dem Rücken unserer Kinder durchgeboxt. Die Unterrichtsversorgung ist trotz Rekordeinnahmen nicht spürbar besser geworden.“

Mein
persönliches
Highlight
der vergangenen
fünf Jahre

„Ein einmaliger Moment war für mich die Privataudienz bei Papst Franziskus im letzten Jahr. Die Begegnung und das persönliche Gespräch mit dem Heiligen Vater werde ich immer in besonderer Erinnerung behalten.“



Ralf Stegner (SPD):

„Arbeit, Bildung, Soziales – Wir haben viel bewegt“

„Wir haben in den letzten fünf Jahren viel erreicht und unsere Versprechen umgesetzt. Über 80.000 neue Arbeitsplätze für Schleswig-Holstein sprechen eine eindeutige Sprache.

Die Haushaltsjahre 2013 und 2015 konnten wir mit Überschüssen abschließen und für 2017 erstmals ohne neue Schulden planen. Wir haben damit gezeigt, dass solide Finanzen und Einhaltung der Schuldenbremse kein Widerspruch zu Investitionen in Bildung und Infrastruktur sind.

Schwarz-gelb hat uns 2012 einen Kahlschlag im sozialen Bereich hinterlassen. Die Kürzungen haben alle betroffen, und viele Menschen demonstrierten vor dem Landeshaus. Die SPD hat versprochen, diesen Kahlschlag zurückzudrehen, und ihr Versprechen gehalten. Mit der Einführung des Kita-Geldes erhalten Eltern für Kinder von ein bis drei Jahren in öffentlich geförderten Kinderbetreuungen einen monatlichen Zuschuss von 100 Euro. Wir lehnen Kita-Gebühren grundsätzlich ab und verfolgen das Ziel, den Besuch des Kindergartens für Familien kostenlos zu gestalten.

Mit unserem Dreiklang aus Tariftreue- und Vergabegesetz (TTG), Landesmindestlohngesetz und Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs schützen wir Arbeitnehmer sowie Unternehmen vor ruinösem Wettbewerb und sorgen für gute Arbeit.

Unsere Schulen haben wir besser mit Lehrkräften versorgt und fast 1.500 Lehrerstellen mehr an den Schulen gelassen, als die CDU/FDP-Regierung geplant hatte.

Große Infrastrukturprojekte – wie die Planung der A20 – haben wir auch dort vorangebracht, wo die Vorgängerregierung versagt hat. Die jährlichen Mittel für die Sanierung von Landesstraßen haben wir gegenüber 2012 mehr als vervierfacht. Mit 500 Millionen zusätzlich verbessern wir den Nahverkehr in Schleswig-Holstein durch höhere Qualität, mehr Angebote und ein landesweit gültiges Semesterticket für Studierende. Die Fachkräfteinitiative hat die Arbeit aufgenommen und wird gemeinsam mit der neu ausgerichteten Wirtschaftsförderung den Standort Schleswig-Holstein nachhaltig stärken. Rekord-Übernachtungszahlen belegen, dass wir mit unserer Tourismusstrategie

„Ein Ereignis, an das ich mich besonders gern zurückerinnere, war die Feier im Jahr 2013 zur Regierungsübernahme durch die SPD in Schleswig-Holstein vor damals 25 Jahren. Nach fast 38 Jahren in der Opposition übernahmen wir 1988 mit Björn Engholm als Ministerpräsident Regierungsverantwortung. Björn Engholm und Heide Simonis stehen seither für das moderne, soziale und weltoffene Schleswig-Holstein, in dem wir heute glücklich leben. Sie machten aus einem stark landwirtschaftlich geprägten Land ein modernes und tolerantes Schleswig-Holstein, das in der Anti-Atompolitik, bei der Energiewende und im Kinderschutz heute bundesweit Vorreiter ist. Torsten Albig führt diese großartige Erfolgsbilanz sozialdemokratischer Regierungen seit fünf Jahren weiter und wird sie nach der Wahl am 7. Mai fortsetzen.“

Mein
persönliches
Highlight
der vergangenen
fünf Jahre

hervorragend aufgestellt sind. Auch beim Ausbau des Glasfasernetzes nimmt Schleswig-Holstein einen Spitzenplatz ein.

Mit dem Investitionsprogramm IMPULS 2030 packen wir den Sanierungsstau bei unserer Infrastruktur an und investieren bis 2030 mehr als 2,3 Milliarden Euro, um Krankenhäuser, Straßen, Kultur- und Sporteinrichtungen, Hochschulen sowie IT-Netze zu modernisieren. Aber auch in Sachen Menschlichkeit haben wir Größe bewiesen. Ich bin stolz auf unsere humane Flüchtlingspolitik, durch die tausende Menschen, die vor Krieg und Terror fliehen mussten, in Schleswig-Holstein Schutz gefunden haben. Leider war die Zeit auch geprägt durch das Erstarken rechter Gewalt. Wir werden unseren Kampf gegen völkisch-nationalistische Ideologien furchtlos und konsequent weiterführen und bleiben bei der Auffassung, dass Nazis nichts in den Parlamenten verloren haben!“

Eka von Kalben (Grüne):

„Wir haben das Land ökologischer, gerechter und weltoffener gemacht“



„Vor fünf Jahren wurde ich von meiner Fraktion, von anderen, meist erfahreneren Abgeordneten und der Landtagsverwaltung sehr freundlich aufgenommen. Es war für mich erstaunlich, zu erleben, wie auf der einen Seite im Landtag gefochten wird und wie sich manche Typen dort eine Bühne schaffen und es manchmal eher um die Show als die Sache geht. Und wie es auf der anderen Seite einen freundlichen Umgang mit gegenseitiger Anteilnahme an persönlichen Ereignissen gibt.“

Gemeinsam mit der Fraktion der SPD und den Abgeordneten des SSW haben wir erfolgreich zusammengearbeitet. Selbstverständlich sind wir innerhalb der Koalition nicht immer einer Meinung. Das ist auch gut so, denn wir sind schließlich nicht ohne Grund in unterschiedlichen Parteien. Aber als wir 2012 gemeinsam die Regierungsverantwortung übernommen haben, war dies zugleich ein Bekenntnis zu einer konstruktiven Zusammenarbeit. Nur so ist eine gute Politik für unser Land möglich.

Was ich politisch bedauere ist, dass wir für die Personalbesetzung, wie zum Beispiel bei Beauftragten oder der Besetzung von Stellen im Landesrechnungshof und dem Verfassungsgericht, noch kein wirklich gutes Instrument gefunden haben.

Größtenteils bin ich aber mit dieser Legislaturperiode sehr zufrieden. Als Teil der Küstenkoalition haben wir Grüne unseren starken Beitrag geleistet, um Schleswig-Holstein ökologischer, gerechter und weltoffener zu machen. Wir sind nach wie vor die einzige Fraktion im Landtag, die sich wirklich für den Schutz unserer Lebensgrundlagen einsetzt. Wir haben das Landesnaturschutzgesetz so

gestaltet, dass es diesen Namen auch verdient. Wie keine zweite Fraktion haben wir uns für die Energiewende eingesetzt. Und so ist 2015 ein Grüner Traum wahr geworden, als unser Strom – rein rechnerisch – erstmals zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien kam.

Durch eine kluge Haushaltspolitik haben wir den Spagat geschafft – zwischen Haushaltskonsolidierung und dem Setzen politischer Schwerpunkte. Wir haben dafür gesorgt, dass die Kommunen und das Land, dass Ehrenamtliche und Hauptamtliche die nötige Unterstützung hatten, um die vielen Geflüchteten bei uns aufzunehmen. Damit haben wir Schleswig-Holsteins Ruf als weltoffenes und tolerantes Bundesland bestärkt. Wir haben unsere Hochschulen stärker gefördert und durch ein modernes Hochschulgesetz ihre demokratischen Strukturen gestärkt. Wir haben den Bildungsdialog angestoßen und vorangetrieben, mehr Lehrkräfte für unsere Schulen eingestellt, ihre Ausbildung modernisiert und den Sanierungsstau bei Schulen und Krankenhäusern angepackt. Wir haben viel im Bereich Kita erreicht und durch uns Grüne wurde das Institut für berufliche Bildung auf den Weg gebracht. Mit der Änderung des Versammlungsgesetzes haben wir einen Meilenstein für die Bürgerrechte gesetzt, und wir sind das erste Bundesland, das einen armutsfesten Mindestlohn gewährleistet.

Hervorheben möchte ich auch den größtenteils positiven Umgang auf menschlicher Ebene mit den Fraktionen der Opposition. Es ist für das gesamte Arbeitsklima im Landeshaus sehr angenehm, wenn man sich zwar politisch hart angehen kann, menschlich aber einen fairen und freundlichen Umgang pflegt – und zwar unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit. Vielleicht ist es auch dieser menschlichen Ebene zu verdanken, dass wir auch parlamentarisch in einigen Fragen gemeinsame Lösungen mit den Fraktionen der Opposition finden konnten. Dass wir gerade auch bei so schwierigen Themen wie Atommüll, HSH Nordbank oder der Verfassungsreform Beschlüsse mit der Opposition erarbeitet haben, ist definitiv etwas, was sehr gut gelaufen ist.“

Mein
persönliches
Highlight
der vergangenen
fünf Jahre

„Das Mitgefühl und die Hilfsbereitschaft der Menschen dieses Landes für die Geflüchteten und – noch konkreter – der Morgen, an dem auch bei uns im Haus Stullen für die Transitgeflüchteten an der Fähre geschmiert wurden.“

Wolfgang Kubicki (FDP):

„Engagierte, zugespitzte Debatten stärken die Demokratie“



„Auch wenn Franz Müntefering einer der großen Sozialdemokraten war und ist, bedeutet dies nicht, dass er mit seinen Einschätzungen immer richtig lag. So ist eine seiner bekanntesten Feststellungen – ‚Opposition ist Mist‘ – jedenfalls nicht auf den Schleswig-Holsteinischen Landtag übertragbar. Abgesehen davon, dass die Opposition ausdrücklich Verfassungsrang hat und damit eine zentrale Rolle im parlamentarischen Gefüge des Landes spielt, ist es gelegentlich auch möglich, von den angeblich harten Oppositionsrängen aus nicht nur zu kontrollieren und konstruktiv zu kritisieren, sondern auch gesetzgeberische Gestaltungskraft zu entfalten. Vielleicht ist also Oppositionsarbeit noch viel eher das ‚langsame Bohren von harten Brettern‘, von dem Max Weber in seiner berühmten Schrift ‚Politik als Beruf‘ gesprochen hat.

Meine Fraktion hat in der 18. Wahlperiode in unterschiedlichen Feldern Gesetzesvorhaben angestoßen und Anträge eingebracht, die am Ende die erforderliche Mehrheit gefunden haben – mit Namen: Hundegesetz, Prüfungsrecht des Landesrechnungshofes bei der Eingliederungshilfe oder die Anschaffung von Tablets für die Landespolizei. Es spricht für die politische Kultur des Schleswig-Holsteinischen Landtages, dass sich gute Ideen durchsetzen können, auch wenn sie vom politischen Mitbewerber kommen.

Ein Parlament ist grundsätzlich keine ‚Schwatzbude‘, in der Entscheidungen der Regierung rhetorisch ummantelt und abgenickt werden – in Schleswig-Holstein gilt das umso weniger. Der Kieler Landtag hat – verglichen mit anderen Parlamenten in der Bundesrepublik – ein verhältnismäßig großes Selbstbewusstsein gegenüber der eigenen Regierung. Hinzu kommt: Die bisweilen härter als anderswo geführten Auseinandersetzungen im Plenum sind nicht nur deutlich spannender als beseelte vorgetragene Beteuerungen, man sei ‚gar nicht so weit auseinander‘. Sie sind auch notwendig, um die inhaltlichen Unterschiede zwischen den Diskutanten deutlich zu machen und um den Wählerinnen und Wählern hiermit eine bessere Grundlage für ihre Wahlentscheidung zu geben.

Wenn die Menschen den Eindruck bekommen, eigentlich ginge es in der politischen Auseinandersetzung um nichts, weil sich die politischen Protagonisten genau so verhalten, stellt sich ihnen eher die Frage, welchen Ausschlag die eigene Stimme bei der Landtagswahl gibt. Mit anderen Worten: Engagierte, zugespitzte und sogar grenzwertige Debatten, die bis an die Grenze der Beleidigung gehen können, sind das beste Mittel gegen Rechtspopulisten und für die Stärkung unserer Demokratie. Die relative Schwäche der Rechten im Land ist nicht zuletzt auf die Debattenkultur im Landtag zurückzuführen. Darauf können alle Beteiligten stolz sein.

Selbstverständlich gab es aus Sicht der FDP-Fraktion auch Tiefpunkte der parlamentarischen Zusammenarbeit. Insbesondere dann wurde es schlimm, wenn sich der Gestaltungsanspruch der Koalition darin erschöpfte, als ‚schlecht‘ definierte Gesetze der Vorgängerkoalition einfach wieder zurückzuschrauben. Dies betraf unter anderem die Regelungen zu den Straßenausbaubeiträgen, zum Glücksspiel oder zum Sparkassengesetz. Hier hat aus unserer Sicht die inhaltliche Rechtfertigung häufig gefehlt.

Nicht zuletzt sei erwähnt, dass die parlamentarische Arbeit auch in dieser Wahlperiode ohne die zuverlässige und sachkundige Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen sowie der Landtagsverwaltung nicht denkbar gewesen wäre. Ihnen danke ich an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion sehr herzlich.“

Mein persönliches Highlight der vergangenen fünf Jahre

„Es gab etwas, was gemeinhin als ‚Sternstunde des Parlaments‘ bezeichnet wird. Die sehr differenziert und ohne parteipolitische Einschränkungen geführte Debatte über die Einführung eines Gottesbezuges in die Landesverfassung war – auch für mich als Alterspräsidenten des Landtages – einer der parlamentarischen Höhepunkte der Wahlperiode.“

Patrick Breyer (Piraten):

„Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Transparenz – weil wir frech und kreativ waren“

„**K**larmachen zum Ändern – wir PIRATEN wollen frischen Wind in die Parlamente bringen. Unbequem sind wir der Politik allemal, denn uns geht es nicht in erster Linie um den Machtkampf oder ums Regierenwollen: Wir wollen die Spielregeln so ändern, dass die Bürger den Kurs bestimmen und per Volksentscheid auch das Ruder übernehmen können. Und wir schauen den Mächtigen genau auf die Finger. Unser Veränderungswille ist so groß, dass unsere sechs Abgeordneten im Landtag die meisten parlamentarischen Initiativen pro Kopf starten. Sie sind laut Parlamentsstatistik die fleißigsten Abgeordneten des Landtags.

Bei manchen Zielen mussten wir zurückstecken: Wir sind vergeblich vor das Landesverfassungsgericht gezogen, um Extra-Diäten für bestimmte Abgeordnete zu kippen. Für die Aufhebung des Demonstrationsverbots an stillen Feiertagen fehlte uns nur eine Stimme. Unser Gesetzentwurf zur Durchsetzung des Gemeinde- und Bürgerwillens bei der Windenergieplanung fand trotz Unterstützung durch Experten keine Mehrheit. Unser Einsatz gegen die Besetzung von Rechnungshofspitze und Landesverfassungsgericht ohne offene Ausschreibung wird in der kommenden Legislatur fortgesetzt.

Mein
persönliches
Highlight
der vergangenen
fünf Jahre

„Die Küstenkoalition scheiterte mit dem Versuch, den ehemaligen Landesdatenschutzbeauftragten ein zweites Mal wiederzuwählen. Stattdessen haben wir PIRATEN eine öffentliche Ausschreibung des Amtes durchgesetzt. Gewählt wurde schließlich mit breiter Mehrheit die parteilose Informatikerin und erfahrene Datenschutzexpertin Marit Hansen.“



Vieles haben wir aber auch erreicht:

- Aufdeckung: Das Aufdecken von Missständen ist eines der Markenzeichen der PIRATEN, etwa bei der versuchten Vertuschung frauen- und fremdenfeindlicher Äußerungen an der Polizeischule Eutin, bei unmenschlichen Praktiken im Kinderheim „Friesenhof“ oder bei den potenziell giftigen Bohrschlammgruben im ganzen Land.

- Mitbestimmung und Demokratie: Bürger- und Volksentscheide in Schleswig-Holstein sind seit 2012 deutlich erleichtert worden. Auf unsere Initiative hin dürfen junge Menschen schon mit 16 in Land und Kommunen wählen. Für Minister wurden Karenzzeiten beim Wechsel in die Wirtschaft eingeführt.

- Transparenz: Der Zugang zu Behördeninformationen ist heute in der Landesverfassung verankert. Öffentliche Unternehmen müssen bei uns seit 2016 Managergehälter und -pensionen offenlegen. Unternehmenssubventionen werden seit 2017 regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft.

- Digitale Revolution: Mit unserem Digitalen Kompass (sh.digitaler-kompass.de) haben wir unter Beteiligung der Bürger

einen konkreten Plan erarbeitet, wie Schleswig-Holstein die Chancen der Digitalen Revolution nutzen und ihren Gefahren begegnen soll. Pauschale Handyverbote an Schulen wurden auf unsere Initiative bereits für unzulässig erklärt. Freifunk-Initiativen bieten erstmals auf Dächern von Landesimmobilien freies WLAN an. Die verschlüsselte Kommunikation mit Landesbehörden und ein schneller Internetanschluss für jede Schule sind in Arbeit.

Manche Ziele haben wir nur frech und kreativ erreichen können: So haben wir der SPD Anfang 2016 während der Landtagsitzung ein Vogelstrauß-Plüschtier überreicht, um gegen die teils jahrelange parlamentarische Verschleppung unserer Initiativen zu protestieren – mit Erfolg.

Neue Wege gehen wir PIRATEN aber auch in eigener Sache: Öffentliche Fraktions-sitzungen mit Internet-Livestream gibt es nur bei uns, ebenso das Mitmachportal OpenAntrag.de, über das Bürger Initiativen anregen können. Als einzige Fraktion praktizieren wir keinen Fraktionszwang, verzichten auf einen Dienstwagen und zahlen Diätenzulagen an das Land zurück.“



Lars Harms (SSW):

„Wir haben Geschichte geschrieben – nicht nur in der Minderheitenpolitik“

In der nun ablaufenden Wahlperiode wurde in vielerlei Hinsicht Geschichte geschrieben. Der SSW war erstmals in seiner Geschichte an einer Landesregierung beteiligt. Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern SPD und Grünen haben wir das Land in vielen Punkten voran gebracht.

Selbstredend haben wir die einseitigen Kürzungen von CDU/FDP bei den Minderheiten rückgängig gemacht und die Förderbeiträge erhöht, etwa beim Nordfriisk Instituut. Die Gleichstellung der dänischen Schulen haben wir zudem in der Landesverfassung verankert, um zukünftige Kürzungsvarianten zu erschweren.

Doch der SSW macht nicht nur Politik für Minderheiten, sondern für das ganze Land.

Die Küstenkoalition hat für mehr Personal an den Kitas und Schulen gesorgt, Schulgesetz und Lehrerbildung an die Herausforderungen unserer Zeit angepasst und die Inklusion an den Schulen voran gebracht. Wir haben den Personalschlüssel in den Kitas verbessert und mit dem Krippengeld den Einstieg in die gebührenfreie Kita gemacht. Wir haben mehr Personalstellen bei Polizei und Justiz geschaffen, die Ausrüstung verbessert, das Strafvollzugsgesetz modernisiert.

Mit dem Tariftreuegesetz haben wir verhindert, dass öffentliche Ausschreibungen durch Unterlaufen von Tarifen und sozialen Standards gewonnen werden. Für die schwarzen Branchenschafe haben wir ein Korruptionsregister eingerichtet, und auch mit dem bundesweit höchsten Landesmindestlohn hat Schleswig-Holstein neue Maßstäbe für gute Arbeit gesetzt.

Mein
persönliches
Highlight
der vergangenen
fünf Jahre

„Meine Highlights in dieser Legislatur waren ohne Zweifel die Wiedereinführung des Tariftreuegesetzes und die Neuregelung des Friesischgesetzes – beides Initiativen, für die ich mich persönlich sehr eingesetzt habe.“

Historisch ging es auch bei der Reform des Finanzausgleichsgesetzes zu. Diesen Flickenteppich aus überholten Verteilungskriterien hatte sich seit den 70er Jahren keine Regierung mehr getraut, grundlegend zu reformieren. Heute folgen die Mittel den erbrachten Aufgaben. Einfach, transparent und fair.

Leider auch historisch: Der Sanierungsstau im Land. Wir haben ihn angepackt – in den Kliniken, in den Schulen, in den Sportstätten, auf den Straßen.

Besonders stolz bin ich, dass es dem SSW gelungen ist, Landeszuschüsse für den Erholungsurlaub von kinderreichen und bedürftigen Familien einzuführen. Ab dem 1. Mai soll es schon losgehen.

Stolz bin ich auch, dass wir einen Demenzplan auf den Weg gebracht haben. Hier geht es um die Vernetzung von Hilfs- und Vorbeugungsangeboten, um Forschung, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und landesweite Informationskampagnen zu diesem wichtigen Thema.

Als Friese freut mich zudem, dass wir mit der 30 Millionen Euro schweren Westküsteninitiative das größte Investitionspaket auf den Weg gebracht haben, das die Westküste je gesehen hat.

Kurzum: Schleswig-Holstein ist ein Stück besser und gerechter geworden.

Als wir 2012 die Regierung bildeten, gab uns die Opposition zwei Prophezeiungen mit auf den Weg: Eine Regierung mit Einstimmen-Mehrheit wäre von kurzer Dauer, und wir würden die Schuldenbremse reißen und das Land in Schulden stürzen.

2017 wissen wir: Nichts davon stimmt. Schleswig-Holstein hat erstmals seit Jahrzehnten wieder Schulden getilgt statt neue aufzunehmen. Die Arbeitslosigkeit ist historisch niedrig, der Tourismus schreibt Rekordzahlen.

Dennoch ist es uns gelungen, eine historische Flüchtlingskrise zu stemmen ohne eine einzige Einsparung an anderer Stelle vornehmen zu müssen.

Enttäuschend war hingegen, dass wir beim Bau der A20 nicht noch weiter gekommen sind. Hier hat uns der Planungspusch unserer schwarz-gelben Vorgänger um Jahre zurück geworfen. Gleiches gilt für die HSH Nordbank, wo wir teures Lehrgeld für die Fehlentscheidungen früherer Regierungen zahlen müssen. Aber auch hier werden wir vernünftige Lösungen finden.“

Was war los im „Friesenhof“?

Regierungslager und Opposition bewerten die Vorfälle in den „Friesenhof“-Mädchenheimen weiterhin unterschiedlich. Das wurde in der März-Tagung deutlich, als der Landtag über den Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zu diesem Thema debattierte.



Das „Friesenhof“-Jugendheim in Hedwigenkoog (Kreis Dithmarschen)

Der Hintergrund: Im Sommer 2015 berichtet die Presse über die Zustände in den mittlerweile geschlossenen Einrichtungen in Dithmarschen. Demnach seien die Einwohnerinnen mit Nacktkontrollen, Essensentzug, Fixierungen, Isolierungen und Ausgangssperren drangsaliert worden. Die Opposition wirft der zuständigen Ministerin Kristin Alheit (SPD) und der Heimaufsicht des Sozialministeriums vor, zu spät und nur unzureichend reagiert zu haben. Mit Blick auf die Vorwürfe stockt das Ministerium die Heimaufsicht von vier auf zwölf Stellen auf und richtet eine Ombudsstelle als Anlaufpunkt für Beschwerden ein.

Der Ausschuss: Der Landtag setzt im September 2015 auf Initiative von CDU, FDP und Piraten den PUA ein. Der Untersuchungsausschuss tagt 62 Mal. Dabei werden 36 Zeugen und drei Betroffene gehört, darunter auch ehemalige Heimbewohnerinnen. Die Ausschussmitglieder werten zudem 220 Akten mit insgesamt mehr als 40.000 Seiten aus.

Der Bericht: Nun liegt der 1.200 Seiten starke Abschlussbericht des Ausschusses vor. Aus der „verantwortungsvollen und teilweise minutiösen Aufarbeitung“, so die Ausschussvorsitzende Barbara Ostmeier (CDU), ergebe sich eine Reihe von Anregungen. Beispielsweise müssten die Jugendämter besonders auf Jugendliche aus anderen Bundesländern aufpassen und dürften den Kontakt zu den „entsendenden“ Behörden nicht abreißen lassen. Die Ämter müssten auch „genau hingucken“, ob und wo die Jugendlichen zur Schule gehen.

Die Koalition: SPD, Grüne und SSW sehen die Vorwürfe gegen Sozialministerin Alheit und die Heimaufsicht als widerlegt an. Die Heimaufsicht habe „engagiert und rechtmäßig“ gehandelt, bemerkt die SPD-Abgeordnete Beate Raudies. An den Vorwürfen, die Ministeriumsspitze habe schon vor Ende Mai 2015 von der Situation gewusst, sei „nichts, aber auch gar nichts dran“. Flemming Meyer (SSW) wirft der Opposition „mediale Vorverurteilungen, Schnellschüsse und Verunglimpfungen“ vor.

Den „Friesenhof“ bezeichnet die Koalition als „sehr restriktive“ Einrichtung. Strafsport und „14 Tage lang Grünkohl“ habe sie in einem schleswig-holsteinischen Heim „nicht für möglich gehalten“, bekennt Marret Bohn (Grüne). Die konfrontative Pädagogik stellt aber nach Auffassung der Koalitionsfraktionen keine generelle Kindeswohlgefährdung dar. „Trotz der umfangreichen Beweisaufnahme“ sei die Lebenssituation der Mädchen und jungen Frauen „insgesamt recht diffus geblieben“, heißt es im Abschlussbericht.

Die Opposition: Zu anderen Bewertungen kommen CDU, FDP und Piraten. „Leider hat das Ministerium im Fall ‚Friesenhof‘ zu zaghaft und zögerlich gehandelt“, findet Katja Rathje-Hoffmann (CDU). Nach Ansicht von FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki gibt es zwar keine Anhaltspunkte, dass Alheit und ihre Staatssekretärin Anette Langner vor Ende Mai 2015 Kenntnis von den Vorfällen hatten. Eine frühere Information wäre aber „geboten gewesen“. Diese sei jedoch „unterblieben, weil die Meldekette im Ministerium mehrfach versagt hat“. Wolfgang Dudda (Piraten) macht eine „Kultur des Wegschauens“ aus. Die Heimaufsicht hätte „früher und konsequenter“ handeln müssen.

Auch beim Thema Kindeswohl kommt die Opposition zu anderen Schlüssen. Nacktkontrollen und Essensentzug seien sehr wohl als Kindeswohlgefährdung zu bewerten, unterstreicht Rathje-Hoffmann. Die Koalitionäre würden das Leid der Mädchen herunterspielen, „nur um den politischen Schaden zu minimieren“.

Der „Runde Tisch“: Neben dem PUA tagt im vergangenen Jahr auch ein „Runder Tisch Heimerziehung“ – insgesamt sechs Mal. Qualitätsdialoge, Ausbau des Beschwerdemanagements, Strategien gegen den Fachkräftemangel und ein besserer Umgang mit schwierigen Kindern – das sind einige der Empfehlungen. Der Sozialausschuss lädt rund 100 Vertreter aus Politik, Verwaltung, Familiengerichten und Jugendpflege ein. Ein weiteres Ergebnis: Die Zustände im „Friesenhof“ seien untypisch für die Gesamtsituation im Lande.

Nachgehakt



Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus? In dieser Serie zeigen wir Beispiele.

Assistenzhunde

Im August 2013 hat der Landtag den Bund einstimmig aufgerufen, alle sogenannten Assistenzhunde rechtlich und steuerlich mit Blindenführhunden gleichzustellen. Nun hat der Bundesrat sich angeschlossen.



Zu den Assistenzhunden werden speziell geschulte Signal-, Diabetiker-, Therapie- oder Behindertenbegleithunde gerechnet. Diabetikerhunde schlagen beispielsweise mit ihrem geschulten Geruchssinn bei einer Unterzuckerung frühzeitig Alarm. Signalthunde helfen tauben Menschen, indem sie etwa auf eine Türklingel aufmerksam machen. Bislang führen Gesetze und Verordnungen allerdings nur den Blindenhund als „Hilfsmittel“ auf. Entsprechend uneinheitlich sind die Prüfungen und die Anerkennung von Assistenzhunden durch die Krankenkassen geregelt. Auch die Zugänglichkeit zu öffentlichen Bereichen ist nicht für alle Assistenzhunde und deren Besitzer gewährleistet.

Im Februar hat die Länderkammer in Berlin die Bundesregierung aufgefordert, zeitnah einen Gesetzentwurf vorzulegen, der es ermöglicht, Assistenzhunde in das Hilfsmittelverzeichnis aufzunehmen. Zudem sollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Assistenzhunde im Schwerbehindertenausweis eingetragen werden können. Für die Hunde sollen künftig einheitliche Qualitätsstandards gelten.



Bürgerinitiative „Minority Safepack“

Im September 2013 hat sich der Landtag parteiübergreifend hinter die europaweite Bürgeraktion „Minority Safepack Initiative“ gestellt. Die von der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) in Flensburg angestoßene Kampagne fordert mehr Rechte für nationale und sprachliche Minderheiten.

Unter dem Motto „eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa“ skizziert die Initiative elf Bereiche für einen besseren Minderheitenschutz und mehr kulturelle Vielfalt in der EU. Die EU-Kommission wies das Vorhaben jedoch zurück: Sie sei größtenteils nicht zuständig. Die FUEV schaltete daraufhin den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg ein. Mit Erfolg: Die Richter erklärten die Ablehnung im Februar für nichtig: Die EU-Kommission hätte ihr Nein besser begründen müssen (Rechtssache T-646/13). Europapolitiker aller Fraktionen im Landtag sprachen von „einem guten Tag für die Minderheitenrechte in der EU“ und einem „Meilenstein für die europäische Minderheitenpolitik“. Ende März hat die EU-Kommission einen Großteil der Initiative zugelassen. Am 3. Mai wird im EU-Parlament darüber beraten.

Tempo 30

Im März 2015 hat sich der Landtag geschlossen für Tempo-30-Zonen vor Schulen, Kitas, Seniorenwohnheimen, Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie Krankenhäusern ausgesprochen.

Die Kommunen sollten diese Zonen schnell und eigenverantwortlich einrichten können. Der Kampf gegen Raser hat inzwischen auf Bundesebene zu Erfolgen geführt.

Bislang ist in der Straßenverkehrsordnung festgeschrieben, dass die Zuständigkeit bei der Straßenverkehrsbehörde des jeweiligen Bundeslandes liegt. Bevor eine Geschwindigkeitsbegrenzung ausgeschildert werden kann, muss also jeder einzelne Fall vom Land geprüft werden.

Das soll sich nach Willen des Bundesrates nun ändern. Laut einem Beschluss aus dem März soll in Deutschland künftig grundsätzlich Tempo 30 vor Kindergärten, Schulen oder Seniorenheimen gelten. Nur in Ausnahmefällen können die Behörden auf die Absenkung des Tempolimits verzichten, wenn etwa eine Verkehrsverlagerung auf Wohnnebenstraßen droht. Die Länderkammer stimmte einer entsprechenden Verwaltungsvorschrift der Bundesregierung zu.

Männliche Eintagsküken

Im Juli 2014 hat es der Landtag als „unerträglich“, verurteilt, dass jährlich rund 50 Millionen männliche Küken in der deutschen Geflügelzucht am ersten Lebenstag getötet werden, weil sie keine Eier legen können.



Während die Piraten Sofortmaßnahmen der Landesregierung forderten, wollten die anderen Fraktionen aber zunächst ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster abwarten. Im Mai 2016 erklärte das Gericht das sogenannte „Kükenschreddern“ für rechtens: Das Tierschutzgesetz erlaube das Töten von Tieren, wenn dafür ein vernünftiger Grund vorliege.

Politiker und Tierschützer machten daraufhin weiter Druck. Nun reagiert Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU). Er präsentierte Ende Januar auf der „Grünen Woche“ in Berlin ein neues Verfahren der Uni Leipzig, das das Schreddern überflüssig machen soll. Dabei wird das Geschlecht des Tieres vor dem Schlüpfen bestimmt, und nur weibliche Embryonen werden ausgebrütet.



1.000 Euro pro Kind und Schuljahr

Bildungsausschuss will Eltern entlasten

Der Zugang zu Bildung darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Das machten Schüler- und Eltern-V Verbände, Schulträger und weitere Experten im Februar und März im Bildungsausschuss deutlich. Anlass der zwei Gesprächsrunden war eine vom Landtag in Auftrag gegebene Studie, derzufolge Eltern im Norden durchschnittlich 1.000 Euro für jedes Kind pro Schuljahr zahlen – etwa für Fahrtkosten, Nachhilfe und Schulesen. Zu viel für viele Haushalte, finden die Verbände. Ein mit dem Ausschuss erarbeitetes Papier soll dem neuen Landtag zeigen, an welchen Stellschrauben gedreht werden muss, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

Einige Stimmen aus der Diskussion:

Andrea Keyser, Grundschulverband:

„Die im Schulgesetz proklamierte weitgehende Lernmittelfreiheit gibt es nicht. Es existiert eine riesige Spanne an Bildungskosten, die zudem völlig willkürlich sind. Es kann nicht sein, dass das Gelingen eines Bildungsweges vom Standort und von der Situation der Familie abhängig ist.“

Ingo Loeding, Kinderschutzbund:

„Alles, was man für die Beteiligung am Unterricht braucht, sollte kostenfrei sein oder gefördert werden. In einem Sozialgerichtsurteil vom Oktober 2016 wurde ein Jobcenter erstmals dazu verpflichtet, einen internetfähigen Computer als Extraleistung zu bezuschussen. Solche Gerichtsurteile sind nötig, um deutlich zu machen: Dies ist ein Standard, der berücksichtigt werden muss.“

Thomas Wulff, Landeselternbeirat der Gymnasien:

„Die Schnittstelle zwischen Eltern, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bekommen, und Eltern, die knapp darüber liegen, ist entscheidend. Wir brauchen uns nicht über die Ausstattung mit digitalen Medien zu unterhalten, solange es Eltern gibt, die nicht mal einen Bleistift kaufen können.“

Uwe Schröder, Landeselternbeirat der berufsbildenden Schulen:

„Nachhilfe ist ein wachsendes Dienstleistungsgewerbe geworden. Es wäre sinnvoller, die Schulen so auszustatten, dass sie selbst helfen können, statt die Wirtschaft zu subventionieren.“

Astrid Henke, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft:

„Eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent reicht nicht aus, um Benachteiligung durch den sozialen Status auszugleichen. 105 bis 110 Prozent wären nötig, um die Stundentafel tatsächlich zu erfüllen. Ganztagsangebote und die gebundene Ganztagschule müssen ausgebaut werden, um Bildungsgerechtigkeit herzustellen.“

Volker Nötzold, Landeselternbeirat der Grund- schulen und Förderzentren:

„Schulmaterialien könnten zentral beschafft werden, um Kosten zu sparen. Die Schule besorgt sie, nicht jedes Elternhaus einzeln.“

Marco Rahmann, Landeschülervertretung der berufsbildenden Schulen:

„Mir liegt die Abschaffung der Altersgrenze von 25 Jahren beim Bildungs- und Teilhabepaket am Herzen. Bei vielen Menschen brechen die Leistungen mitten in der Ausbildung weg, auch das Kindergeld und das BAföG. Eine flächendeckende Ausweitung der Kiel-Karte wäre super. Fahrtkosten für Auszubildende und Praktikanten sollten übernommen und das BAföG an die Kostenentwicklung angepasst werden.“

Susanne Lübke, Referentin bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten:

„Es ist schwer, den Eltern verständlich zu machen, warum gerade Kopierkosten, Unterrichtshefte, Atlanten und Lexika selbst finanziert werden müssen. Man sollte das Bildungs- und Teilhabepaket weiter ausbauen und nachbessern – eventuell durch eine Staffelnung nach Klassenstufen, da die Kosten variieren. Zum Beispiel fallen zur Einschulung hohe Ausgaben mit dem Schulranzen-Kauf an.“

Olaf Köller, Bildungswissenschaftler an der Uni Kiel:

„Nachhilfe können Sie politisch nicht steuern. Sie können die Eltern ja nicht davon abhalten, dass sie dafür Geld in die Hand nehmen. Wenn wir über 1.000 Euro im Jahr Bildungskosten im Schnitt reden, sind das 80 Euro im Monat. Es gibt andere Bereiche, wo noch mehr soziale Ungerechtigkeit stattfindet.“

Petitionsausschuss konnte vielen Menschen helfen

Der Petitionsausschuss des Landtages blickt auf eine arbeitsreiche Wahlperiode zurück. Rund 2.300 Petenten wandten sich seit 2012 mit sehr unterschiedlichen Anliegen an das Gremium. Die neu eingeführte Möglichkeit einer öffentlichen Petition nutzten die Bürger 37 Mal, bilanzierte der Ausschussvorsitzende, der Piraten-Abgeordnete Uli König, Mitte März.

Bürger beklagten sich etwa über zu geringe Abstände von Windrädern zu ihren Wohnhäusern oder über den Rundfunkbeitrag. Gefangene protestierten gegen ihre Haftbedingungen, Ausländer versuchten, ihre drohende Abschiebung zu verhindern und Beamte beschwerten sich über lange Bearbeitungszeiten bei ihrer Kranken- und Pflege-Beihilfe. „Der Petitionsausschuss versteht sich als Anwalt gegen Ungerechtigkeit, Benachteiligung und ungleiche Behandlung durch staatliche Stellen des Landes“, betonte König. Damit sei der Ausschuss ein „wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung“. In mehr als 400 Fällen habe der Ausschuss dem Anliegen der Petenten ganz oder teilweise entsprechen und somit helfen können. Der Ausschuss könne eine Lösung vorschlagen oder erreichen, dass die staatliche Stelle nochmals das Gespräch mit dem Petenten sucht, so König. In der Regel könne er zwar keine rechtlich verbindlichen Entscheidungen treffen und keine Gerichtsurteile beeinflussen. Aber er könne vermitteln.

Der Ausschuss beschäftigte sich auch mit 37 öffentlichen Petitionen. König hob hervor, dass Schleswig-Holstein „als eines von wenigen Bundesländern“ die Möglichkeit eingeführt hat, Anliegen in dieser Form zu äußern. Öffentliche Petitionen können seit Anfang 2013 auf der Website des Landtages eingereicht, online mitgezeichnet und dadurch unterstützt werden. Bürger setzten sich auf diesem Weg beispielsweise gegen das Fracking, gegen die Zwangsbeteiligung an Straßenausbaukosten und für den Erhalt von Waldkindergärten ein. Wird eine Petition von mehr als 2.000 Personen unterstützt, hört der Ausschuss den Petenten öffentlich an. Das geschah bislang sieben Mal. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, der SPD-Parlamentarier Jürgen Weber, wies darauf hin, dass eine öffentliche Petition an den Landtag eine direkte Auswirkung habe, während Internet-Plattformen, die ebenfalls zu Petitionen aufrufen, „unverbindlich“ seien.



Eine von 37 öffentlichen Petitionen: Ende Januar übergaben Vertreter der Bürgerinitiative „Hände weg von Schwedeneck“, die sich gegen Öl-Bohrungen in der Eckernförder Bucht wendet, 3.000 Unterschriften an den Ausschussvorsitzenden Uli König von den Piraten und die SSW-Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering. Zudem hatte die Initiative rund 80.000 Online-Unterstützer ins Boot geholt.

25 Jahr Biraat Nedderdütsch

Den Biraat Nedderdütsch bi den Sleswig-Holsteenschen Landdag giffit dat siet 25 Jahr. „Dat Nedderdütsche tekent uns Land siet vele Johrhunnerten ut un is dormit ok Grundlaag vun uns Kultur un Sellschop vundaag“, so see Landdagspräsident Klaus Schlie to dat Jubiläum. In Artikel 13 vun de Landsverfaten steiht binnen: „Das Land schützt und fördert die Pflege der niederdeutschen Sprache.“ Um düsse Opgaav kümmert sik de Biraat un füllt em mit Leven ut. „Dorför maakt sik de Biraat tosamen mit Ehrenamtlers, mit Vereen‘ un Verbänn‘ siet 25 Jahren stark. Jüst de gelt uns Dank, denn vundaag hebbt Jung un Oolt för dat Nedderdütsche veel över“, so meen de Parlamentspräsident.

Hamburg-Ausschuss macht Druck für S-Bahnlinie 4



Schleswig-Holsteinische und Hamburgische Landespolitiker kamen im Kaisersaal des Hamburger Rathauses zusammen.

Die Gleise für die geplante S-Bahnlinie 4 zwischen Hamburg-Altona und Bad Oldesloe sollen zügig gebaut werden. Und: Der Bund soll sich an den Kosten beteiligen, weil die neue Nahverkehrsachse den Fernverkehr der Deutschen Bahn entlastet. Das sind zentrale Forderungen des neu eingesetzten Ausschusses für die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Das Gremium hat Anfang März erstmals gemeinsam mit seinem Gegenüber aus der Hamburgischen Bürgerschaft getagt.

Die Planfeststellung für das Projekt soll in der zweiten Jahreshälfte anlaufen, spätestens 2021 soll dann gebaut werden. Diesen Zeitplan haben der Landtag und die Bürgerschaft im März noch einmal mit großer Mehrheit bestätigt.

Die Kosten für das Großprojekt werden auf 915 Millionen Euro geschätzt. Der Bund müsse sich beteiligen, fordern die Abgeordneten, und rufen die Landesregierungen auf, in Berlin Druck zu machen. Denn: Wenn die S-Bahn über eigene Gleise rollt, werden die Fernstrecken der Bahn und das Nadelöhr Hamburg-Hauptbahnhof entlastet. Das sei auch mit Blick auf die geplante Fehmarnbeltquerung wichtig, denn die werde zu deutlich mehr Personen- und Güterzügen auf der Strecke führen. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) signalisierte bei einem Besuch im Norden Mitte März grundsätzliche Zustimmung: Das Projekt solle „so schnell wie möglich umgesetzt werden“.



Bernhard Flor bleibt bis Ende 2020 Präsident des Landesverfassungsgerichts. Der Präsident am Landgericht Itzehoe hat diesen Posten seit 2008 inne. Wie Flor wurden auch die Verfassungsrichterinnen **Maren Thomsen** und **Ulrike Hillmann** für weitere drei Jahre in ihren Ämtern bestätigt. Thomsen ist Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgerichts und Hillmann Präsidentin des Kieler Landgerichts. Neues Mitglied des Schleswiger Verfassungsgerichts wird am 1. Mai **Achim Theis**, der den Lübecker Notar Klaus Brock ersetzt. Theis, Vize-Präsident des Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgerichts, wurde für eine zwölfjährige Amtszeit bis 2029 gewählt.

55 der 65 anwesenden Abgeordneten stimmten Ende Februar für die von einem interfraktionellen Ausschuss vorgelegte Kandidatenliste. Vier waren dagegen, sechs enthielten sich. Die Piraten hatten in der Vergangenheit mehrmals eine öffentliche Ausschreibung der Verfassungsgerichtsposten gefordert.

Ebenfalls gewählt wurden die Stellvertreter der Richter: **Carsten Löbbert**, Präsident des Amtsgerichts Lübeck (für Flor), **Ole Krönert**, Präsident des Landgerichts Lübeck (für Hillmann), **Susanne Rublack**, Richterin am Bundesverwaltungsgericht (für Thomsen) und **Arno Witt**, Rechtsanwalt in Kiel (für Theis). Die Richter und ihre Stellvertreter wurden Ende März im Landtag vereidigt.

Das Landesverfassungsgericht besteht aus sieben ehrenamtlichen Richtern. Die anderen drei Richter, Vizepräsident Hans-Joachim Schmalz, Felix Welti und Christoph Brüning sowie ihre Stellvertreter amtieren noch bis 2020.

Ralf Stegner, SPD-Fraktionschef, bleibt für weitere zwei Jahre Landesvorsitzender seiner Partei. Der seit 2007 amtierende Bordesholmer wurde auf einem Parteitag in Lübeck Ende Januar mit 91,4 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. In ihren Vorstandsämtern wurden auch die Abgeordneten **Stefan Bolln** (Schatzmeister) sowie **Serpil Midyatli** und **Birte Pauls** (Beisitzerinnen) bestätigt.

Bernd Heinemann, Landtagsvizepräsident, ist seit Jahresanfang Vorsitzender des Verwaltungsrates der Barmer-Krankenkasse. Das gab die Barmer im Januar bekannt. Das ehrenamtliche Gremium kontrolliert den Vorstand der mit neun Millionen Versicherten zweitgrößten deutschen Krankenkasse. Der SPD-Abgeordnete aus Kiel gehört dem Verwaltungsrat bereits seit mehreren Jahren an. Nun wählte ihn das neu formierte Selbstverwaltungsgremium übergangsweise in das Spitzenamt. Zum Jahreswechsel war die Barmer mit der Deutschen BKK fusioniert, und der bisherige Verwaltungsratschef stand nicht mehr zur Verfügung. Bei der Sozialwahl im Oktober bestimmen die Barmer-Mitglieder dann einen neuen Verwaltungsrat.

Aike Dopp geht Ende Oktober

In der letzten Ausgabe hatten wir gemeldet, dass Bernt Wollesen neuer Vizepräsident des Landesrechnungshofes (LRH) sei. Nachdem der Landtag ihn im Dezember gewählt hatte, wird Wollesen seinen neuen Posten allerdings erst zum 1. November antreten. Bis dahin bleibt der aktuelle LRH-Vizepräsident Aike Dopp im Amt.

Frisch vereidigte Verfassungsrichter und ihre Stellvertreter (v. li.): Carsten Löbbert, Ole Krönert, Achim Theis, Maren Thomsen, Bernhard Flor, Ulrike Hillman, Susanne Rublack, Arno Witt

Michael Legband, langjähriger Landeshauskorrespondent und zuletzt Pressesprecher der Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein, ist Ende Januar in den Ruhestand gegangen. Der 64-Jährige hatte seit den 1980er-Jahren für die Nachrichtenagentur „Associated Press“, den Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag sh:z, die Zeitung „Die Welt“ sowie die Fernsehsender RTL und ZDF über die Landespolitik berichtet.



Silke Hinrichsen, 2012 verstorbene SSW-Landtagsabgeordnete, ist Namensgeberin eines Preises für engagierte Frauen. Das SSW-Frauenforum vergab die Auszeichnung erstmals am 5. Februar, dem Tag, an dem Silke Hinrichsen 60 Jahre alt geworden wäre. Trägerin des mit 1.000 Euro dotierten Silke-Hinrichsen-Preises ist die Flensburger Ehrenamtlerin Katrine Hoop, die sich unter anderem in den Bereichen Kultur und Flüchtlingshilfe engagiert.

Hinrich Jürgensen, Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger, hat Ende März das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen bekommen. Die Auszeichnung übergab der deutsche Botschafter in Dänemark, Claus Robert Krumrei, in Apenrade. Jürgensen ist seit vielen Jahren Mitglied im Nordschleswig-Gremium des Landtages. Er habe sich „erheblich in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und in der europäischen Minderheitenpolitik engagiert“, lobte Landtagspräsident Schlie den Geehrten.

Runde Geburtstage

Joachim Harms aus Elmshorn, von 1971 bis 1987 für die SPD im Landtag, hat am 21. März seinen 85. Geburtstag gefeiert.

Sigrid Warnecke aus Pansdorf (Kreis Ostholstein), von 1983 bis 1995 für die SPD im Landtag, anschließend bis 2001 Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, hat am 27. März ihren 80. Geburtstag gefeiert.

Meinhard Füllner aus Pogeez (Kreis Herzogtum Lauenburg), von 1987 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 26. Dezember seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Otto Bernhardt aus Rendsburg, von 1971 bis 1985 für die CDU im Landtag, von 1998 bis 2009 im Bundestag, hat am 13. Februar seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Arno Jahner aus Neumünster, von 2000 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 25. Dezember seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Ute Erdsiek-Rave aus Kronshagen bei Kiel, von 1987 bis 2009 für die SPD im Landtag, von 1992 bis 1996 Landtagspräsidentin, von 1998 bis 2009 Bildungsministerin, hat am 2. Januar ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Peter Harry Carstensen von der Insel Nordstrand, von 2005 bis 2012 für die CDU im Landtag und zugleich Ministerpräsident, zuvor seit 1983 im Bundestag, hat am 12. März seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Nachrufe

Der Landtag trauert

Landtagspräsident Klaus Schlie hat das „enorme Lebenswerk“ des ehemaligen Parlamentsvizepräsidenten **Kurt Schulz** gewürdigt, der am 22. März im Alter von 94 Jahren verstorben ist. Kurt Schulz saß von 1958 bis 1975 im Landtag, ab 1971 hatte er das Amt des ersten Vizepräsidenten inne. Schulz habe sich um den demokratischen Neuanfang des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg verdient gemacht, so Schlie. Von 1969 bis 1987 habe er als Bürgermeister seiner Heimatstadt Eckernförde „zu neuer Blüte verholfen“. Von 1991 bis 2000 war der gebürtige Stettiner Grenzlandbeauftragter der Landesregierung. In diesem Amt habe Kurt Schulz seine „Qualitäten als Brückenbauer“ über Landes- und Sprachgrenzen hinweg unter Beweis gestellt.



Auch der ehemaligen SPD-Abgeordneten **Maria Lindenmeier**, die am 29. Dezember im Alter von 93 Jahren verstorben ist, galten die Gedanken der Landesparlamentarier. Die langjährige Geschäftsführerin der Europa-Union Schleswig-Holstein gehörte dem Landtag von 1975 bis 1987 an. Lindenmeier stammte aus Hohenstein-Ernstthal in Sachsen und fand ihre Heimat in Schönkirchen (Kreis Plön). „Ihr und ihrem Wirken werden wir ein ehrendes Andenken bewahren“, so Landtagspräsident Schlie.

Der Landtag hat in seiner Januar-Tagung in einer Schweigeminute des früheren Bundespräsidenten **Roman Herzog** gedacht. Der am 10. Januar im Alter von 82 Jahren verstorbene Altbundespräsident habe „scharfe Intelligenz, hohe Kompetenz und Führungsstärke mit geschichtlicher Tiefe, visionärer Utopie und großer Unabhängigkeit vereint“, so Landtagspräsident Schlie. Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident.



Blickpunkt Wahljahr 2017

CDU-Fraktionschef **Daniel Günther** ist seit Anfang Februar offiziell Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl. Auf einem Parteitag in Neumünster erhielt er 89,7 Prozent Zuspruch. Damit löst Günther seinen Vorgänger als Landesvorsitzender, Ingbert Liebing, auf Platz 1 der CDU-Landesliste ab. Liebing rückt auf die 2, die weiteren Plätze blieben gegenüber einem ersten Listenparteitag vom vergangenen Juni unverändert. Neben Günther stehen 14 aktuelle Abgeordnete auf der Liste: **Katja Rathje-Hoffmann** (Platz 3), Landtagspräsident **Klaus Schlie** (4), **Barbara Ostmeier** (5), **Hans-Jörn Arp** (6), **Tobias Koch** (7), **Johannes Callsen** (10), **Axel Bernstein** (11), **Petra Nicolaisen** (12), **Heiner Rickers** (13), **Peter Lehnert** (14), **Hartmut Hamerich** (17), **Hans Hinrich Neve** (25), **Hauke Göttisch** (26) und **Klaus Jensen** (28). Zudem stehen vier ehemalige Landtagsabgeordnete auf der Liste: **Volker Nielsen** (19), **Marion Herdan** (30), **Werner Kalinka** (31) und **Michael von Abercron** (32). +++

Ministerpräsident **Torsten Albig** geht erneut als Spitzenkandidat der SPD in den Wahlkampf. Ein Landesparteitag in Lübeck wählte ihn Ende Januar mit 98,4 Prozent Zustimmung auf Listenplatz 1. Neben Albig stehen 18 weitere Landtagsabgeordnete auf der Liste: **Serpil Midyatli** (Platz 2), **Ralf Stegner** (3), **Birgit Herdejürgen** (4), **Martin Habersaat** (5), **Sandra Redmann** (6),

Thomas Hölck (7), **Birte Pauls** (8), **Kai Dolgner** (9), **Regina Poersch** (10), **Wolfgang Baasch** (11), **Beate Raudies** (12), **Kirsten Eickhoff-Weber** (14), **Tobias von Pein** (15), **Katrin Fedrowitz** (18), **Stefan Bolln** (19), **Kai Vogel** (28), **Thomas Rother** (29) und **Johanna Skalski** (36). +++

Die Grünen haben Ende Januar in Neumünster Finanzministerin **Monika Heinold** auf Listenplatz 1 gesetzt. Sie erhielt auf dem Parteitag 120 von 122 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Acht Abgeordnete folgen auf der Liste: **Bernd Voß** (Platz 2), **Eka von Kalben** (3), **Rasmus Andresen** (4), **Marret Bohn** (5), **Burkhard Peters** (6), **Marlies Fritzen** (7), **Ines Strehlau** (9) und **Andreas Tietze** (10). +++

Robert Habeck, Umweltminister und ehemaliger Fraktionschef im Landtag, ist mit seiner Bewerbung auf die Spitzenkandidatur seiner Partei für die Bundestagswahl knapp gescheitert. Bei einer bundesweiten Urwahl stimmten 12.129 Parteimitglieder für Habeck. Der Vorsitzende der Bundespartei, Cem Özdemir, kam auf 12.204 Stimmen. Als weiterer Kandidat landete der Fraktionschef im Bundestag, Anton Hofreiter, mit 8.686 Stimmen auf dem dritten Platz. Das gaben die Grünen Ende Januar bekannt. Habeck kündigte auf dem Grünen-Landesparteitag in Neumünster Ende Januar an, er strebe auch nach der Landtagswahl am 7. Mai ein Ministeramt in Kiel an. +++



Angelika Beer, Piraten,
von 2012 bis 2017 im Landtag:

„Auch im Landtag habe ich mich immer für die Einhaltung und Stärkung unserer Verfassung eingesetzt – und das wird auch mein Leben in Zukunft bestimmen: die Einhaltung der Menschenrechte, speziell für Minderheiten, Kampf gegen Rechtsextremismus und Einsatz für den Tierschutz.“



Peter Eichstädt, SPD,
von 2000 bis 2017 im Landtag:

„17 Jahre im Landtag an Demokratie und Parlamentarismus mitzuwirken war eine Ehre. Über Fraktionsgrenzen hinweg wurde dafür gestritten. Der Kompass stimmt. Wichtig für mich als Abschluss: Ich konnte als Vorsitzender des Sozialausschusses den Runden Tisch Heimerziehung durchführen. Der Landtag hat damit Verantwortung übernommen für diese Kinder; ein gutes Gefühl.“



Astrid Damerow, CDU,
von 2009 bis 2017 im Landtag:

„Es bleibt auch für mich, nach siebeneinhalb Jahren Landtag auf Wiedersehen zu sagen. Es waren lehrreiche siebeneinhalb Jahre. Sie haben vielleicht nicht an jedem Tag gleichermaßen Spaß gemacht, aber grundsätzlich Freude.“



Anke Erdmann, Grüne,
von 2009 bis 2017 im Landtag:

„Ich bin nicht in Abschieds-, eher in Aufbruchsstimmung, und für leidenschaftliche Demokratinnen gibt es ja gerade allenthalben genug zu tun.“

14 Abgeordnete werden dem neuen Landtag nicht mehr angehören, weil sie bei der Wahl am 7. Mai nicht noch einmal kandidieren.

Mit welchen Gedanken verlassen sie das Landeshaus?
Wir haben nachgefragt.



Heike Franzen, CDU,
von 2005 bis 2017 im Landtag:

„Es lohnt sich, Menschen von Demokratie zu überzeugen und für Politik zu begeistern.“



Karsten Jasper, CDU,
von 2005 bis 2017 im Landtag:

„Ich bin stolz, dass ich dem Landtag immer als direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Dithmarschen-Nord über zwölf Jahre angehört habe. Es war eine schöne Zeit und hat meiner kommunalpolitischen Laufbahn das ‚Sahnehäubchen‘ aufgesetzt.“



Volker Dornquast, CDU,
von 2012 bis 2017 im Landtag:

„Nach interessanten fünf Jahren geht es jetzt in den wohlverdienten Ruhestand, in dem ich viel Zeit für meine acht Enkelkinder einbringen kann.“

Worte zum Abschied



Sven Krumbeck, Piraten,
von 2012 bis 2017 im Landtag:

„Der Landtag hat mich persönlich sehr bereichert, und die Erfahrung hat mein Bild von Politik sehr positiv geändert. Nach dem Landtag strebe ich ein Studium an der Fachhochschule an und werde der Politik sicher auf die eine oder andere Art erhalten bleiben.“



Jens Magnussen, CDU,
von 2005 bis 2017 im Landtag:

„In drei Legislaturperioden im Landtag die Interessen der Westküste vertreten zu dürfen, war mir eine Ehre. Und da ich sowohl vor, als auch während meiner politischen Arbeit meine Hausaufgaben in meinem ‚Elektrogeschäft‘ nachhaltig gemacht habe, kann ich meinem Sohn bei der Weiterentwicklung des Unternehmens weiterhin tatkräftig zur Seite stehen.“



Detlef Matthiessen, Grüne,
von 1996 bis 2000, von 2002 bis 2005
sowie von 2006 bis 2017 im Landtag:

„Ich bedanke mich für viele schöne Diskussionen, die wir hier gehabt haben. Nun ist es eine Zäsur. Ich höre hier auf und will noch ein paar eckige Runden drehen.“



Torge Schmidt, Piraten,
von 2012 bis 2017 im Landtag:

„Die Arbeit mit und für die Menschen in Schleswig-Holstein war für mich eine große Bereicherung meines Lebens und wird mich für immer prägen. Ich bin sehr dankbar dafür. Jetzt geht es für mich noch einmal an die Universität. Dort werde ich Jura studieren, aber dennoch wird Politik immer meine Leidenschaft bleiben.“



Peter Sönnichsen, CDU,
von 2005 bis 2017 im Landtag:

„Alles hat seine Zeit – nach über zwölf erfahrungsreichen Jahren möchte ich meinen Wirkungskreis ein wenig eingrenzen und im regionalen Ehrenamt fortsetzen.“



Jürgen Weber, SPD,
von 1996 bis 2017 im Landtag:

„21 Jahre im Landtag haben mir deutlich vor Augen geführt, dass unsere parlamentarische Demokratie alternativlos zukunftsfähig ist, wenn das viel zitierte politische Credo ‚Politik heißt etwas wollen!‘ (Olof Palme) stärker bleibt als der Opportunismus der Anpassung.“



Rainer Wiegard, CDU,
von 2000 bis 2017 im Landtag,
ehemaliger Finanzminister:

„Wenn ich mich frage, was bleibt: Wir haben die Schuldenpolitik beendet. Ab 2020 darf das Land Schleswig-Holstein keine neuen Schulden zum Haushaltsausgleich mehr machen – denn niemand hat das Recht, kein Parlament und keine Regierung, heute noch nicht geborene Generationen mit Schulden zu belasten, um sich jetzt politisch ein angenehmes Leben zu machen. Das bleibt.“



Zustimmen, ablehnen oder nachbessern: Landtag uneins über CETA

Bringt Freihandel mehr Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze ins Land? Oder gefährdet er die europäischen Standards für Verbraucher, Umwelt und Arbeitnehmer? Der Landtag hat im Januar auf Antrag von FDP und Piraten erneut über das umstrittene CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada debattiert. Liberale und CDU waren klar für CETA, Piraten und Grüne strikt dagegen. SPD-Vertreter mahnten Nachbesserungen an, damit Schleswig-Holstein dem Abkommen im Bundesrat zustimmt.

Die EU und ihr nordamerikanischer Partner hatten im vergangenen Oktober den CETA-Vertrag unterzeichnet. Das EU-Parlament in Straßburg hat das Abkommen im Februar durchgewunken. Nun muss das Papier durch alle 28 nationalen Parlamente. In Deutschland ist möglicherweise auch das Votum der Länder im Bundesrat gefragt.

Die FDP warb im Landtag dafür, Zölle und andere Hemmnisse auf beiden Seiten des Atlantiks abzuschaffen. „Mit wem sollen wir ein solches Abkommen schließen, wenn nicht mit einer Musterdemokratie wie Kanada?“ fragte der Abgeordnete Christopher Vogt. Die öffentliche Diskussion werde „voller Ressentiments“ und „mit einer Welle an Desinformation“ geführt. Dabei profitiere kein anderes Land so sehr von den Abkommen wie Deutschland.

Auch Astrid Damerow (CDU) lobte CETA als „das modernste Freihandelsabkommen, das zurzeit existiert“. Einschränkungen in europäische Schutzstandards befürchtet sie nicht: Auch mit CETA könnten die Mitgliedstaaten ihren Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz „weiterhin uneingeschränkt“ regeln, unterstrich Damerow.

Landesregierung stellt Bedingungen

Die Piratenfraktion forderte dagegen ein Stopp des „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ („Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen“). Es sei von Profitinteressen geleitet und greife „tief in die Demokratie und in den Rechtsstaat ein“, meinte Fraktionschef Patrick Breyer. So könnten Investoren nationale Standards vor „Sondergerichten“ aushebeln, und die öffentliche Daseinsvorsorge könne privatisiert werden. Aber: „Der Bundesrat kann dieses Abkommen aufhalten“, so Breyer. Deswegen müsse sich die Landesregierung klar positionieren – damit die Wähler beim Urnengang am 7. Mai nicht „die Katze im Sack kaufen“.

Es sei sinnlos, sich bereits jetzt festzulegen, wo doch die CETA-Abstimmung im Bundesrat erst „mutmaßlich übernächstes Jahr“ anstehe, hielt SPD-Fraktionschef Ralf Stegner dem entgegen. Und er forderte klare Garantien: „CETA wird es mit unserer Zustimmung nur geben, wenn die Standards bei Arbeit, bei Sozialem, im Verbraucher- und

Datenschutz, in der Ökologie, in der öffentlichen Daseinsvorsorge und auch bei Bildung und Kultur ohne Wenn und Aber erhalten bleiben.“ Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) befand: „CETA ist ein gutes Abkommen.“ Allerdings nannte er „vier Leitlinien“ für ein Ja der Landesregierung: Transparenz, keine Absenkung von Standards, unabhängige Schiedsgerichte und demokratische Legitimation.

Grüne: „Nicht mit uns“

„In der derzeit vorliegenden Form erfüllt CETA die Anforderungen an ein faires Handelsabkommen noch nicht“, betonte Lars Harms vom SSW – obwohl es „gewiss durch den Druck der Bürgerinnen und Bürger wesentlich besser geworden“ sei. Bernd Voß vom grünen Koalitionspartner legte sich hingegen fest: „Mit uns wird es im Bundesrat keine Zustimmung zu diesem CETA-Antrag geben.“ Als „zentrale Kritikpunkte“ nannte Voß „das Klageprivileg für internationale Investoren, die Einbeziehung öffentlicher Dienstleistungen und die Aushöhlung des Vorsorgeprinzips“.

Letztlich scheiterte die FDP mit ihrem Antrag, das Papier der Piraten wurde im Europaausschuss weiter beraten. Einig waren sich die Abgeordneten in einem Punkt: Das Abkommen TTIP mit den USA steht seit Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Donald Trump im Januar vor dem Aus.



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) forderte „ein klares Zeichen für den freien Welthandel“. Dafür werbe er in der Landesregierung.



Für Bernd Voß (Grüne) ist CETA „ein Stück weit ein Staatsstreich durch die Hintertür, weil letztlich parlamentarische Rechte ausgehebelt werden.“

Gesucht: ein neuer Feiertag für den Norden

Was Feiertage anbelangt, ist Schleswig-Holstein in Deutschland das Schlusslicht. Wie in Berlin, Bremen, Hamburg und Niedersachsen gibt es zwischen Nord- und Ostsee nur neun freie Tage pro Jahr. Demgegenüber hat Bayern 13 solcher Tage. Aber: Die Chancen auf einen weiteren Feiertag im Lande steigen. Im Februar brachten Piraten und Koalition verschiedene Modelle ins Spiel. CDU und FDP waren grundsätzlich dagegen.



Die Piraten wollten per Gesetzentwurf den 23. Mai als „Tag des Grundgesetzes“ zum Feiertag machen. „Wir wollen einen Feiertag, der konfessionsübergreifend große Akzeptanz genießen soll“, so der Abgeordnete Wolfgang Dudda: „Unser Grundgesetz ist das Beste, was den Deutschen in ihrer langen Geschichte passiert ist.“ Am 23. Mai 1949 verkündete der Parlamentarische Rat in Bonn das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Der Tag, an dem Martin Luther im Jahr 1517 seine 95 Thesen an die Wittenberger Schlosskirche gehämmert haben soll, gilt als Beginn der Kirchenreformation und ist in diesem Jahr einmalig bundesweit ein Feiertag. Kirchen und DGB wollen diesen Tag auch in Zukunft arbeitsfrei halten. Peter Eichstädt (SPD) bekundete Sympathie: „Wir müssen darüber reden, welches Ereignis geeignet und bedeutsam ist, um besonders hervorgehoben zu werden.“ Eka von Kalben (Grüne) meinte dagegen: „Ein weiterer Feiertag sollte nicht ein religiöser Feiertag sein.“



Einen „Tag der Landesverfassung“ brachte Lars Harms (SSW) ins Spiel. Am 13. Dezember 1949 beschloss der Landtag die Landesverfassung, die Vorläuferin der heutigen Landesverfassung. „Wir wollen Schleswig-Holstein feiern“, so Harms – als „Staat, in dem Demokratie herrscht, in dem Rechtsstaatlichkeit herrscht, in dem ein großer Gemeinsinn herrscht“. Der Tag unterstreiche zudem „die Eigenstaatlichkeit des Landes Schleswig-Holstein“.



Schleswig-Holstein müsse sich einen zusätzlichen Feiertag erst erarbeiten, mahnte Hartmut Hamerich (CDU). Denn Bayern habe trotz seiner vielen arbeitsfreien Tage eine deutliche höhere Wirtschaftskraft. Zwar sei Schleswig-Holstein „das Feiertagsarmenhaus“, stellte Wolfgang Kubicki (FDP) fest. Aber: „Diese strukturelle Benachteiligung hat die Schleswig-Holsteiner nicht davon abgehalten, die glücklichsten Menschen in ganz Deutschland zu sein.“ Das besagt zumindest eine kürzlich veröffentlichte Studie.

Nach der Tat: Opfern helfen

Vorbeugung von Straftaten, Betreuung der Opfer sowie eine effektive Strafverfolgung: Das sind die drei Standbeine des Opferschutzes im Lande. Justizministerin Anke Spoorendonk (SSW) sprach im Februar in ihrem „Opferschutzbericht“ von einem „dichten, vielfältigen Netz an Angeboten und Maßnahmen“.

So habe das Land auf die gestiegene Zahl an Wohnungseinbrüchen reagiert: „Die Ermittlungsarbeit der Polizei wurde intensiviert“, und die Beratungsangebote zur Sicherung des Eigenheims ausgeweitet. Folge: 2016 sank die Zahl der Einbrüche wieder, so Spoorendonk. Für Opfer von Gewalt stehen im Lande zahlreiche Hilfsstellen bereit, etwa der „Weiße Ring“, das Kinderschutzzentrum, die Vereine „Petze“, „pro familia“ und „Wendepunkt“ sowie 16 Frauenhäuser.

Barbara Ostmeier (CDU) forderte finanzielle Planungssicherheit für den Jugend-Täter-Opfer-Ausgleich. Dabei werden Gewalttäter im persönlichen Gespräch, begleitet von einem Mediator, mit ihrem Fehlverhalten konfrontiert.



Johanna Skalski (SPD) verwies darauf, dass der Gesetzgeber die Position des Opfers in einem Strafverfahren deutlich gestärkt habe: Das Opfer sei „nicht mehr wie früher ein bloßes Beweismittel“, sondern habe Auskunftsrechte und könne auch selbst ins Verfahren eingreifen.

Burkhard Peters (Grüne) lobte die „sensationell geringe Haftquote“ in Schleswig-Holstein: „Haftvermeidung und konsequenter Behandlungsvollzug, wenn Haft nicht vermieden werden kann, sind aktiver Opferschutz.“

Ekkehard Klug (FDP) wandte sich gegen einen „Ruf nach härteren Strafen und schärferen Gesetzen“. Denn: „Wir dürfen das Strafrecht nicht als kostengünstige Lösung mit großer Außenwirkung instrumentalisieren.“

Wolfgang Dudda (Piraten) wies auf eine Widersprüchlichkeit beim Opferschutz während eines Strafverfahrens hin. Richter und Anwälte „sollen den Angeklagten für unschuldig halten“ und zugleich „das Opfer einer Tat anerkennen, die erst festgestellt werden soll“.

Lars Harms (SSW) mahnte Schutz auch für die „heutigen Opfer von Krieg und Gewalt“ an: „Verfolgte Menschen nicht abzuschieben ist auch Opferschutz.“

Streichen Traditionsschiffe die Segel? Der Norden meutert

Weiterhin volle Kraft voraus für Traditionsschiffe: Der Landtag geht auf Gegenkurs zu Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). Der Bayer hat eine neue Sicherheitsverordnung vom Stapel gelassen, die für viele Dampfer und Segelschiffe den Untergang bedeuten könnte. Die Landesregierung soll nun in Berlin gegensteuern.

Die rund 120 in Deutschland registrierten Traditionsschiffe sollen ihren Brandschutz aufstocken, falls mehr als 50 Passagiere mitschippeln. Zudem sollen die Betreiber, meist Ehrenamtler, einen aufwendigen Prüfbericht anfertigen, damit ihre Gemeinnützigkeit steuerlich anerkannt wird. Und die Berufsgenossenschaft soll jede Crew einzeln begutachten und ein „Besatzungszeugnis“ ausstellen. Nachdem viele im Norden gemeutert haben, hat die Berliner Kommandobrücke ihre Verordnung bereits entschärft. Dennoch befürchtet der Landtag: Ohne einen kompletten Kursschwenk sind die Windjammerparaden in Kiel und Travemünde oder die Flensburger Rumregatta akut von der Havarie bedroht.



Volle Segel auf der Kieler Förde. Aber viele deutsche Skipper könnten ihre Schiffe an die Leine legen, wenn die neue Berliner Verordnung kommt.

„Mir haben Experten versichert, dass dies nicht zu mehr Sicherheit an Bord führen würde, sondern nur zu deutlich mehr Bürokratie“, machte Christopher Vogt (FDP) deutlich. Hans-Jörn Arp (CDU) blickte über die Grenzen: „Solange in Holland oder Frankreich Traditionsschiffe fahren, haben wir keine Veranlassung, in Deutschland anders zu handeln.“ Auch Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) monierte, man könne nicht „Regelungen aus der Berufsschiffahrt aufs Ehrenamt übertragen“. Gemeinsam mit seinen Kollegen aus den anderen Nordländern hat Meyer in Berlin S.O.S. gefunkt. Der Bund kann die Verordnung allerdings durchdrücken, ohne die Länder zu fragen. Stimmt die EU-Kommission zu, soll das im Frühjahr geschehen.

Einige Redner nahmen den süddeutschen Minister auf die Schippe, dem maritime Traditionen offenbar fremd seien. „Wer über die Wies'n nicht hinausschauen kann, der sieht auch keine Rumregatta“, befand Regina Poersch (SPD). Man wolle ja auch nicht „den Bayern vorschreiben, dass die Weißwurst demnächst rot sein muss“, kritisierte Andreas Tietze (Grüne). Niemand käme auf die Idee, das Schloss Neuschwanstein zu schließen, „nur weil es den heutigen statischen Anforderungen nicht entspricht“, so Flemming Meyer (SSW). Und Uli König (Piraten) hoffte: „Mit Leichtmatrosen wie dem Dobrindt werden wir schon fertig“.

Aktuell: Das Bundesverkehrsministerium will eine Ombudsstelle einrichten, um Streitfälle wegen der neuen Verordnung zu lösen.

Türkischunterricht zwischen Wachsamkeit und Gelassenheit

25 sogenannte Konsulatslehrer aus der Türkei unterrichten derzeit in Schleswig-Holstein. Bei ihrem muttersprachlichen Unterricht an öffentlichen Schulen unterliegen sie keiner Aufsicht des deutschen Staates. Der Landtag debattierte im März, ob die Landesregierung bei diesem Punkt wachsamer sein sollte.

Denn federführend ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib). Ihr wird unter anderem vorgeworfen, Kinder für Spitzelaktivitäten gegen türkische Regierungskritiker anzuwerben. Der Ditib-Unterricht habe Berichten zufolge „einen klaren nationalchauvinistischen Hintergrund“, sprach sich **Anita Klahn (FDP, re.)** für mehr Kontrollen aus.



Heike Franzen (CDU) gab das Ziel aus, für den Türkischunterricht eigene Lehrpläne zu entwickeln und eigene Lehrer auszubilden. „Auch ich sehe es kritisch, wenn der politische und geheimdienstliche Arm des Despoten vom Bosphorus Kinder und Jugendliche unterrichtet“, strich Sven Krumbeck (Piraten) heraus.

„Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, genauer hinzusehen“, fand Martin Habersaat (SPD). Anke Erdmann (Grüne) sagte „Ja zum muttersprachlichen Unterricht, Nein zu politischer Einflussnahme“. Es gehe darum, „auch weiterhin Türkisch in den Schulen zu haben und keine türkischen Schulen“, ergänzte Jette Waldinger-Thiering (SSW).

Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) warnte vor einem „Generalverdacht“ und riet zur Gelassenheit. Im Lande gebe es „keine Hinweise auf Indoktrinierung“. Grundsätzlich gebe es in der türkischen Gemeinschaft „viele politische Meinungen“. Ein einseitiger Unterricht würde sich „herumsprechen und auch unsere Ohren erreichen“.

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Land und Kommunen: Das Land habe die Kommunen in den letzten Jahren massiv gestärkt. Das betonte Innenminister Stefan Studt (SPD) in seiner Antwort auf eine Große Anfrage der SPD, über die der Landtag im März debattierte. Über den Finanzausgleich erhielten die Kommunen in diesem Jahr 1,7 Milliarden Euro, nachdem es 2009 noch 1,2 Milliarden Euro gewesen seien, so Studt. Für die ländliche Entwicklung gebe es in dieser EU-Förderperiode 120 Millionen Euro und damit 30 Millionen mehr als in der vorigen. Das Volumen der Städtebauförderung habe sich gegenüber 2011 mehr als verdoppelt. Zudem habe das Land die Kommunen bei den Kosten für Flüchtlinge deutlich entlastet, sagte Studt, und es seien seit 2009 Zuschüsse von 359 Millionen Euro für Investitionen an Krankenhäusern bewilligt worden. Daneben listet die Landesregierung die Investitionen für den Ausbau von Kindertagesstätten (124 Millionen Euro seit 2008), Schulsozialarbeit (17,8 Millionen) sowie Theater und Büchereien auf.

Die CDU-Kommunalpolitikerin Petra Nicolaisen warf der SPD vor, die Große Anfrage allein aus Wahlkampfgründen gestellt zu haben – Zeit für eine ausführliche Beratung der mehr als 200 Seiten bleibe nicht. Im Übrigen schmücke sich die SPD mit fremden Federn, da vor allem der Bund die Kommunen entlastet habe. Bei einem Teil der Kommunen steige die Verschuldung infolge wachsender Sozialkosten, räumte der SPD-Abgeordnete Kai Dolgner ein. Deshalb habe die Koalition die darunter leidenden Kommunen bei der Reform des Finanzausgleichs gezielt entlastet.

(Drucksache 18/5108)

Windkraftanlagen: Der Planungsstopp für die Errichtung neuer Windkraftanlagen wird bis zum 30. September 2018 verlängert. Das sieht eine Änderung im Planungsgesetz des Landes vor, die die Koalitionsfraktionen mit den Piraten bei Enthaltung

von CDU und FDP im März verabschiedet haben. Begründet wird der Schritt damit, dass die erste Anhörungsphase zu den Regionalplänen erst im Juni endet. Somit „ist nicht mit einem Inkrafttreten der Raumordnungspläne vor Herbst 2018 zu rechnen“, heißt in der Gesetzesänderung. Die sogenannte Unzulässigkeitsregelung für den Bau von Windrädern hätte ursprünglich nach dem 5. Juni entfallen sollen. Der neue Planungsprozess war durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Schleswig im vergangenen Jahr notwendig geworden.

(Drucksache 18/5321)

Straßenausbaubeiträge: Bürger, die von ihrer Gemeinde für den Bau einer Straße vor ihrer Haustür zur Kasse gebeten werden, können die Kosten künftig in Raten zahlen. Eine entsprechende Änderung des Kommunalabgabengesetzes haben die Koalitionsfraktionen durchs Parlament gebracht. Ursprünglich hatte die CDU die Entscheidungsfreiheit, ob Anlieger an den Ausbaucosten beteiligt werden sollen, in die Hände der Gemeinden legen wollen. Damit sollte die von den Koalitionsfraktionen zu Beginn der Legislaturperiode wieder eingeführte Pflichtbeteiligung von einer Muss- zu einer Kann-Regelung umgestaltet werden. Liberale und Piraten enthielten sich.

(Drucksache 18/5322)

Volksinitiativen: In einer Resolution haben sich die Koalitionsfraktionen dafür ausgesprochen, Schleswig-Holsteins Bürgern mehr Möglichkeiten für die politische Mitwirkung auf kommunaler Ebene an die Hand zu geben. Unter anderem fordern SPD, Grüne und SSW, Bürgerbegehren zu erleichtern und die Hürden für Volksinitiativen auf Landesebene zu senken. Ausgangspunkt des Beschlusses war ein Vorstoß der Piraten vom Oktober 2013, der mit breiter Mehrheit abgelehnt wurde. Darin hatte sich die Oppositionsfraktion

für eine „Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben“ stark gemacht. Unterdessen hat der Bundsrat ein stärkeres Mitspracherecht bei der Planung von Großprojekten beschlossen: Bei großen Infrastrukturvorhaben muss die Bevölkerung in Zukunft früher gefragt werden als bisher. Die Öffentlichkeit wird beim Bau von Autobahnen und Schienenstrecken bereits im Raumordnungsverfahren obligatorisch mit einbezogen und nicht erst später im Planfeststellungsverfahren.

(Drucksache 18/5329)

Gleichstellungsbeauftragte: Kommunen mit mehr als 15.000 Einwohnern müssen ihre Gleichstellungsbeauftragten künftig in Vollzeit beschäftigen. Einen entsprechenden Gesetzesvorstoß der Landesregierung hat das Plenum mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen im Februar verabschiedet. Die Oppositionsfraktionen votierten gegen die Änderungen der Gemeinde-, Kreis- und Amtsordnung. Derzeit gibt es 66 Frauen, die in Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnern als Gleichstellungsbeauftragte fungieren. Viele von ihnen erledigen ihre Aufgaben bislang allerdings auf einer Drittel-Stelle. Vollbeschäftigt werden müssen im Zuge des neuen Gesetzes auch die Gleichstellungsbeauftragten in Ämtern, in denen die Verwaltung mehr als 15.000 Einwohner betreut.

Darüber hinaus wird den Gleichstellungsbeauftragten ein längeres Widerspruchsrecht eingeräumt. Ab sofort haben sie wie Personalräte zwei Wochen statt bisher drei Tage Zeit, um sich gegen etwaige Entscheidungen zu wenden. Ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte besaßen bislang überhaupt kein Widerspruchsrecht, sofern Entscheidungen vom Amtsvorsteher und nicht vom leitenden Verwaltungsbeamten getroffen wurden.

(Drucksache 18/5124)



Die schleswig-holsteinischen Wähler werden am 7. Mai über die Zusammensetzung ihres neuen Landtages entscheiden. Welche rechtlichen und organisatorischen Fragestellungen dabei eine Rolle spielen, steht in unserem kleinen

Lexikon zur Landtags- wahl



Aktives Wahlrecht: An der Landtagswahl darf jeder deutsche Staatsbürger als Wähler teilnehmen, der am Wahltag 16 Jahre alt ist und seit mindestens sechs Wochen in Schleswig-Holstein wohnt.

Ausgleichsmandate: Das Kräfteverhältnis der Zweitstimmen muss sich in der Mandatsverteilung im Landtag widerspiegeln. Für den Fall, dass eine Partei >Überhangmandate errungen hat, stehen den anderen Landtagsparteien Ausgleichsmandate zu. Diese werden über die > Landeslisten besetzt.

Barrierefreiheit: Menschen mit Behinderungen sollen ohne Probleme an der Wahl teilnehmen können. Deshalb sollen Wahllokale barrierefrei sein, also auch für Gehbehinderte oder Rollstuhlfahrer zugänglich sein. Für Sehbehinderte und Blinde gibt es spezielle Wahl-Schablonen mit Brailleschrift.



Briefwahl: Wer sich am Wahltag zum Beispiel außerhalb seines Wahlgebietes aufhält oder das Wahllokal aus gesundheitlichen Gründen gar nicht oder nur schwer aufsuchen kann, für den gibt es die Möglichkeit der Briefwahl. Wer die Unterlagen persönlich beim Wahlamt seiner Gemeinde abholt, kann die Briefwahl auch gleich an Ort und Stelle ausüben. Briefwahlunterlagen werden bis zum Freitag vor der Wahl, 12:00 Uhr, erteilt. Wer danach erkrankt und deshalb nicht im Wahlraum wählen kann, kann auch noch am Wahltag bis 15:00 Uhr Briefwahlunterlagen beantragen.

Erststimme: 1997 wurde in Schleswig-Holstein das auch bei der Bundestagswahl angewendete Zweistimmwahlrecht eingeführt. Es kam bei der Wahl 2000 zum ersten Mal zur Anwendung. Mit der Erststimme benennen die Wähler eine Person als Direktkandidaten für ihren jeweiligen > Wahlkreis.

Konstituierende Sitzung: 30 Tage nach der Wahl muss das Parlament zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Auf dieser

konstituierenden Sitzung steht die Wahl des Landtagspräsidiums und in der Regel auch des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung. Der neue 19. Landtag wird am Dienstag, den 6. Juni, zum ersten Mal zusammenkommen. Bereits in der Woche nach der Wahl treten die Fraktionen zum ersten Mal zusammen.

Kreuz: Die Stimme für einen Kandidaten (> Erststimme) oder eine Liste (> Zweitstimme) wird auf dem Wahlzettel in Deutschland üblicherweise durch ein Kreuz im jeweiligen Feld kenntlich gemacht. Dies kann aber auch durch Ausfüllen, Umranden, Unterstreichen, Abhaken oder den Zusatz „ja“ geschehen.

Landeslisten: Über die > Zweitstimme werden 34 Bewerber aus den Landeslisten jener Parteien gewählt, die den Einzug in den Landtag geschafft haben. Weitere 35 Abgeordnete werden in den > Wahlkreisen direkt gewählt. Die Zahl der über die Landeslisten vergebenen Mandate kann sich erhöhen, wenn > Überhangmandate entstehen.

Landeswahlleiter: Der Landeswahlleiter Tilo von Riegen ist zuständig für die Europawahl, die Bundestagswahl und die Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Er wurde 2015 von der Landesregierung auf unbestimmte Zeit ernannt. Von Riegen ist Leiter der Kommunalabteilung im Innenministerium im Range eines Ministerialdirigenten.

Legislaturperiode: Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird, wie inzwischen 15 der 16 Landesparlamente, für die Dauer von fünf Jahren gewählt – außer, es kommt durch eine Selbstauflösung oder eine verlorene Vertrauensfrage zu einer vorzeitigen Neuwahl. Lediglich Bremen hat noch eine vierjährige Wahlperiode.

Listennachfolge: Die Besetzung des Parlaments kann sich im Laufe der Wahlperiode ändern – etwa dann, wenn ein Abgeordneter sein > Mandat niederlegt. In diesem Fall rückt der nächstfolgende Kandidat von der > Landesliste der Partei in den Landtag nach.

Mandate: Im Jahr 2003 wurde die Zahl der Sitze im Schleswig-Holsteinischen Landtag von 75 auf 69 verringert. Diese Zahl kann sich jedoch durch > Überhang- und > Ausgleichsmandate erhöhen. So saßen in der 17. Wahlperiode (2009 bis 2012) 95 Parlamentarier im Haus an der Förde.



Öffentlichkeit: Die Bürger haben die Möglichkeit, im Wahllokal den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl und der Auszählung mitzuverfolgen. Auch eine Einsicht in das Wählerverzeichnis ist in den Wochen vor der Wahl möglich.

Passives Wahlrecht: Wer sich um ein Landtagsmandat bewerben will, muss deutscher Staatsbürger sein, das 18. Lebensjahr vollendet haben sowie seit mindestens drei Monaten in Schleswig-Holstein mit alleinigem oder Hauptwohnsitz gemeldet sein.

Sperrklausel: Um den Einzug in den Landtag zu erreichen, muss eine Partei mindestens fünf Prozent der > Zweitstimmen auf sich vereinigen. Ausnahme: Der SSW ist als

Partei der dänischen Minderheit von dieser Regelung befreit. Um im Landtag vertreten zu sein, muss er aber so viele Stimmen erringen, wie für ein einziges Mandat mindestens notwendig wären.

Überhangmandate: Hat eine Partei mehr Direktmandate in den > Wahlkreisen gewonnen als ihr gemäß ihrem > Zweitstimmenanteil zustehen, bleiben ihr diese Mandate erhalten. Die anderen Landtagsparteien erhalten in diesem Fall > Ausgleichsmandate. Dadurch soll das nach den Zweitstimmenanteilen zustande gekommene Kräfteverhältnis gewahrt bleiben.

Ungültig: Ein Stimmzettel gilt als ungültig, wenn er den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt – wenn also beispielsweise mehrere Listen oder Kandidaten markiert sind, wenn anstelle einer Markierung ein Kommentar auf den Wahlzettel geschrieben wurde oder wenn das Papier erheblich beschädigt ist.

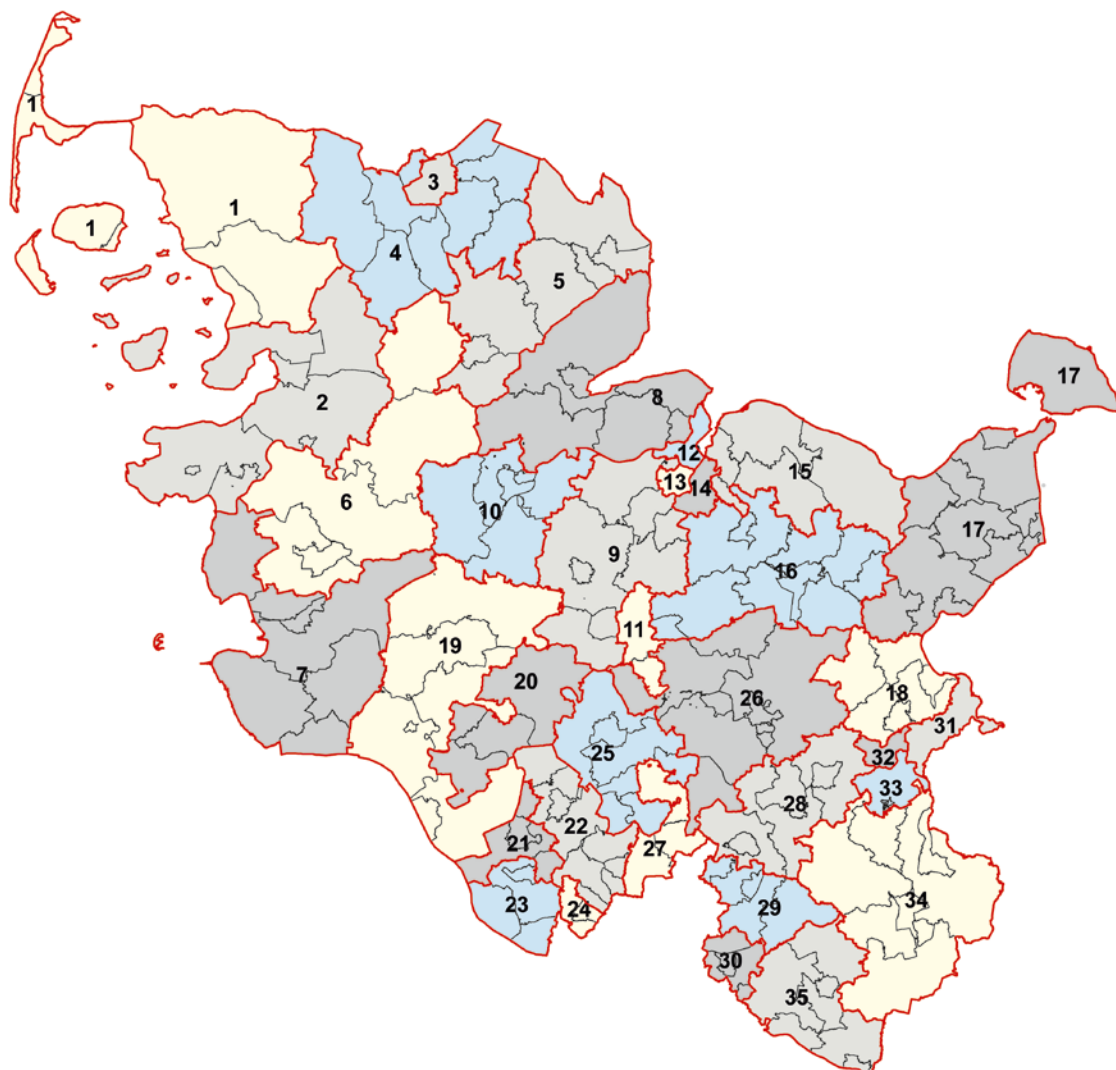
Wahlkreise: Schleswig-Holstein ist in 35 Wahlkreise aufgeteilt. Hier erringt jeweils der Kandidat mit den meisten > Erststimmen ein Mandat im Landtag. Weitere 34 Mandate werden über die > Landeslisten vergeben.

Wahlprüfung: Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder Wähler innerhalb von zwei Wochen nach Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses Einspruch erheben. Die Wahlprüfung obliegt dem neu gewählten Landtag. Gegen dessen Entscheidung wiederum kann vor dem Landesverfassungsgericht geklagt werden.

Zählverfahren: In Schleswig-Holstein wird das Höchstzahlverfahren nach André Sainte-Laguë und Hans Schepers angewendet, um die Wählerstimmen in Mandate umzurechnen. Es ist benannt nach einem französischen Mathematiker und einem ehemaligen Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung. Hierbei werden die für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen nacheinander durch 0,5, 1,5, 2,5 und so weiter geteilt. Die Parlamentssitze werden dann in der Reihenfolge der größten sich daraus ergebenden Zahlen zugeteilt.

Zweitstimme: Mit der Zweitstimme entscheiden sich die Wähler für die > Landesliste einer Partei. Mit ihr legen sie das Kräfteverhältnis der im Landtag vertretenen Parteien fest. Die Zweitstimme ist die wichtigere der beiden Stimmen, denn mit ihr bestimmen die Bürger die Stärke einer Partei im Parlament.

- 1 Nordfriesland-Nord
- 2 Nordfriesland-Süd
- 3 Flensburg
- 4 Flensburg-Land
- 5 Schleswig
- 6 Dithmarschen-Schleswig
- 7 Dithmarschen-Süd
- 8 Eckernförde
- 9 Rendsburg-Ost
- 10 Rendsburg
- 11 Neumünster
- 12 Kiel-Nord
- 13 Kiel-West
- 14 Kiel-Ost
- 15 Plön-Nord
- 16 Plön-Ostholstein
- 17 Ostholstein-Nord
- 18 Ostholstein-Süd
- 19 Steinburg-West
- 20 Steinburg-Ost
- 21 Elmshorn
- 22 Pinneberg-Nord
- 23 Pinneberg-Elbmarschen
- 24 Pinneberg
- 25 Segeberg-West
- 26 Segeberg-Ost
- 27 Norderstedt
- 28 Stormarn-Nord
- 29 Stormarn-Mitte
- 30 Stormarn-Süd
- 31 Lübeck-Ost
- 32 Lübeck-West
- 33 Lübeck-Süd
- 34 Lauenburg-Nord
- 35 Lauenburg-Süd





Du hast die Wahl!

Wen soll ich wählen? Der Wahl-O-Mat hilft

Wer noch nicht weiß, wo er am 7. Mai seine Kreuzchen setzen soll, kann auch bei dieser Wahl eine erfolgreiche Entscheidungshilfe im Internet nutzen.

Was ist der Wahl-O-Mat?

Der Wahl-O-Mat ist ein Frage-und-Antwort-Spiel im Internet, das zeigt, welche Partei der eigenen politischen Position am nächsten steht. Die Nutzer können insgesamt 38 Thesen mit „stimme zu“, „stimme nicht zu“, „neutral“ oder „These überspringen“ kommentieren. Alle zur Wahl zugelassenen Parteien haben ebenfalls Stellung bezogen. Die Nutzer können ihre eigenen Standpunkte mit denen der Parteien abgleichen, und der Grad der Übereinstimmung wird errechnet.

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat den Wahl-O-Mat seit 2002 bei den meisten Wahlen zu den Landtagen, zum Bundestag und zum EU-Parlament an den Start gebracht. Inzwischen wurde die Seite nach Angabe der Bundeszentrale rund 48 Millionen Mal angeklickt. Der Wahl-O-Mat soll ein Appetitanreger vor allem für junge Menschen sein, sich vertieft mit politischen Fragen zu befassen.

Wer macht die Thesen für den Wahl-O-Mat?

Grundlage für die Thesen im Wahl-O-Mat sind die Partei- und Wahlprogramme sowie die programmatischen Aussagen der Parteien. Die Thesen zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 7. Mai wurden auf einem dreitägigen Workshop Anfang Februar in Mözen bei Bad Segeberg erarbeitet. Mit dabei waren etwa 20 Jungwähler zwischen 17 und

25 Jahren aus ganz Schleswig-Holstein, die aus einer Vielzahl von Bewerbungen ausgewählt wurden. Sie wurden unterstützt von Politikwissenschaftlern, Statistikern und Pädagogen von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Uni Düsseldorf. Landespolitischen Sachverstand steuerten fünf Experten bei: Christian Meyer-Heidemann (Landesbeauftragter für politische Bildung), Wilhelm Knelangen (Politikwissenschaftler an der Uni Kiel), Alexandra Ehlers (Vorsitzende des Landesjugendrings), Lucie Kluth (NDR-Journalistin) und Karsten Blaas (Redakteur der Landtagszeitschrift).



Wie nehmen die Parteien Stellung zum Wahl-O-Mat?

Nach dem ersten Workshop werden den Parteien 80 bis 100 Thesen vorgelegt. Die Parteien haben dann drei Wochen Zeit, ihre Standpunkte zu den Thesen darzulegen. Außerdem können sie zu jeder These eine Begründung abgeben, mit der sie ihre Positionierung erklären und konkretisieren. In einem zweiten Workshop, etwa eine Woche vor Veröffentlichung des Wahl-O-Mat, werden dann aus den 80 bis 100 Thesen die 38 ausgewählt, die schließlich in das Online-Tool aufgenommen werden. Ziel ist es, die wichtigsten Themen der Wahl aufzugreifen und Fragestellungen darzustellen, die von den Parteien kontrovers beantwortet werden. Es soll ein breites thematisches Spektrum abgedeckt werden, und die Unterschiede zwischen den Parteien sollen klar herauskommen.

Wann startet der Wahl-O-Mat?

Der Wahl-O-Mat zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein ist seit 4. April unter www.wahlomat.de freigeschaltet – auf Deutsch, Dänisch und Friesisch.

Außerdem werden Schulen und Jugendzentren mit dem „Wahl-O-Mat zum Aufkleben“ ausgestattet, eine analoge Variante mit Stellwänden und Klebepunkten für den Unterricht oder die Gruppenarbeit.

Die schleswig-holsteinische Wahl-O-Mat-Jugendredaktion kam im Februar in Mözen (Kreis Segeberg) zusammen.

13 Parteien stehen zur Wahl

Der Landeswahlausschuss hat Mitte März 13 von 14 eingereichten Landeslisten für die Landtagswahl am 7. Mai zugelassen. Er folgte damit dem Vorschlag von Landeswahlleiter Tilo von Riegen. Nur ein hinterer Listenplatz der „Alternative für Deutschland“ (AfD) wurde gestrichen, weil die erforderlichen Unterlagen fehlten.

Die zugelassenen Parteien:

- CDU
- SPD
- Bündnis 90/Die Grünen
- FDP
- Piraten
- SSW
- Die Linke
- Partei „Die Familie“
- Partei „Freie Wähler“
- Alternative für Deutschland (AfD)
- Die Liberal-Konservativen Reformen (LKR)
- Satire-Partei „Die Partei“
- Zukunft-Schleswig-Holstein (Z.SH)

Die Liste der AfD wurde anerkannt, obwohl Parteimitglieder Einwände gegen die Zulassung hatten. Es wird bemängelt, dass Mitglieder nicht ordnungsgemäß zu Parteitagen eingeladen worden seien und dass die Landesliste nicht satzungsgemäß aufgestellt worden sei. Wahlleiter von Riegen wollte

nicht ausschließen, „dass das, was jetzt parteiintern, vielleicht auch vor ordentlichen Gerichten läuft, am Ende zu einem Wahlprüfverfahren führen kann“.

DGP und „Initiative 146“ scheitern

Die Partei mit dem Namen „Die gerade Partei“ (DGP), die „für Mittelstand und Bürgernähe“ eintritt, schaffte es nicht, die erforderlichen 1.000 Unterstützer-Unterschriften von Wahlberechtigten zu sammeln und kann deswegen nicht antreten.

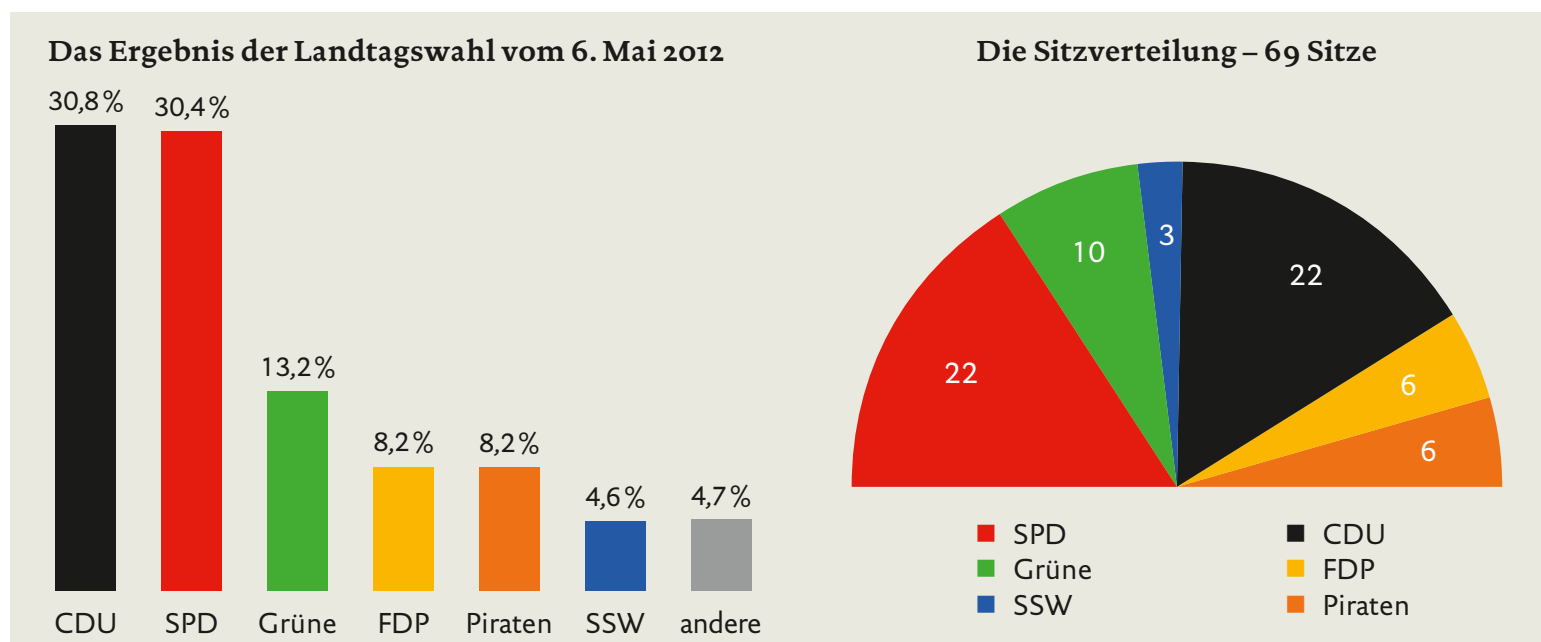
Wenige Tage zuvor hatte das Landesverfassungsgericht eine Beschwerde der „Initiative 146“ abgewiesen. Diese hatte geklagt, weil der Landeswahlausschuss sie Ende Februar nicht als Partei anerkannt hatte. Die Initiative bezeichnet sich selbst als „politisch neutraler Verein allein mit der Zielsetzung, eine neue Verfassung unter Einbezug aller Bürgerinnen und Bürger ins Leben zu rufen“. Der Gruppe fehle aber die Eigenschaft einer „wahlvorschlagsberechtigten Partei“, erläuterten die Schleswiger Richter. Der Landeswahlausschuss hatte sein Nein vor allem darauf gestützt, dass die „Initiative“ nur über drei Mitglieder und keine ausreichende Organisationsstruktur verfüge.

Wahl-Meldungen

Die **Wahlbenachrichtigung** erreicht die Bürger in neuer Form. Grund ist ein Landtagsbeschluss aus dem Jahr 2015, der Hürden für den Wahlgang abbauen will. Bislang kam die Benachrichtigung als Postkarte. Um das Schreiben für alle verständlich zu machen, wird es jetzt in Leichter Sprache abgefasst und im DIN-A4-Format übersichtlicher gestaltet. „Da die Gemeinden nicht wissen können, wer Unterlagen in Leichter Sprache benötigt, erhalten alle Wahlberechtigten die Unterlagen in dieser Form“, erklärte Landeswahlleiter Tilo von Riegen Ende März. Der Antrag auf Briefwahl befindet sich auf der Rückseite des Schreibens. Auch die Briefwahlunterlagen sind in kurzen, leicht verständlichen Sätzen verfasst. Für Fragen zum neuen Format steht eine Telefon-Hotline bei der Landeswahlleitung bereit: 0431/9887766.

Das **Landeshaus** ist am Wahltag, dem 7. Mai, fest in der Hand der Medien und der Politik. Es werden rund 1.000 Vertreter von Funk-, Fernseh-, Print- und Onlinemedien im Haus an der Förde erwartet. Hinzu kommen noch einmal rund 1.000 Gäste der sechs Fraktionen. Wegen dieses Andrangs ist es am Wahlsonntag leider nicht möglich, das Haus für die Bürger zu öffnen. Noch mehr Besucher seien weder logistisch noch unter Sicherheitsaspekten zu bewältigen, betont die Landtagsverwaltung.

Die Ausgangslage



Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht es um drei Wahlabende, an denen das Ergebnis erst spät in der Nacht feststand.

1979, 1992, 2005:

Kieler Wahlnächte sind lang

1979

Der SPD fehlen 1.169 Stimmen

Am 29. April 1979 spielt sich im Landeshaus ein „Wahlkrimi“ ab, „der selbst einen Hitchcock noch in den Schatten stellte“. So berichten die „Kieler Nachrichten“ über einen Abend, an dem zwischenzeitlich alle politischen Konstellationen möglich scheinen – ein Sieg der Regierung, ein Machtwechsel oder ein Patt zwischen beiden Lagern. Die Ausgangslage: SPD und FDP gehen gemeinsam ins Rennen, um den seit 1971 mit absoluter Mehrheit regierenden CDU-Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg abzulösen. Dazu brauchen sie 37 Sitze im 73 Mitglieder starken Parlament.

Um 19:00 Uhr sehen erste Hochrechnungen die Union knapp in Führung. Gegen 20:30 Uhr wendet sich das Blatt. Die Wahlforscher tendieren nun zu einer sozialliberalen Koalition. Allerdings: Die Vorhersagen sind Rechnungen mit mehreren Unbekannten.

Da ist zunächst der SSW. Die von der Fünf-Prozent-Klausel befreite Partei der dänischen Minderheit bangt den ganzen Abend lang um ihr einziges Mandat. Ihr Vormann Karl Otto Meyer durchlebt verschiedene Rollen: Je nach Hochrechnung ist er mal einfaches Landtagsmitglied, mal Ex-Abgeordneter und

mal Zünglein an der Waage. Denn zwischenzeitlich ist auch ein Patt möglich. Meyers Stimme gäbe dann den Ausschlag, entweder für Stoltenberg oder aber für dessen SPD-Herausforderer Klaus Matthiesen.

Zudem hat eine neue politische Kraft die Bühne betreten. Die „Grüne Liste“ geht erstmals an den Start, und die Demoskopen trauen ihr den Sprung in den Landtag zu.

Nach stundenlangem Hin und Her steht gegen Mitternacht fest: Stoltenberg hat es noch einmal geschafft. Die CDU verliert zwar rund zwei Prozentpunkte, erreicht mit 48,3 Prozent aber die nötigen 37 Mandate. Eine erstarkte SPD, eine geschwächte FDP sowie SSW-Mann Meyer kommen auf 36. Lediglich 1.169 Stimmen fehlen der SPD, um die CDU-Mehrheit zu brechen – bei knapp 1,6 Millionen Wählern. Und: Die CDU hat eine Mehrheit im Landtag, obwohl sie 8.742 Stimmen weniger erringt als die drei anderen Parteien. Das damalige Berechnungsverfahren macht es möglich.

Die Grünen verfehlen mit 2,4 Prozent den Sprung in den Landtag deutlich. Dennoch dominieren sie die Analysen. Die Öko-Partei habe „Wahlkampf ausschließlich gegen die SPD“ betrieben, schimpft deren Fraktionsvorsitzender Matthiesen. Die Umweltbewegung machte Front gegen die Atompläne der Bundesregierung unter SPD-Kanzler Helmut Schmidt. Dadurch seien tausende Stimmen „verschenkt“ worden, die nun für einen Wechsel in Kiel fehlten, meint Matthiesen. Ministerpräsident Stoltenberg macht aber nicht nur enttäuschte SPD-Anhänger unter den Grünen-Wählern aus. „35 bis 40 Prozent“ seien wertkonservative ehemalige CDU-Unterstützer, so Stoltenberg.



Schafften keine Mehrheit gegen die CDU: (v. li.) Baldur Springmann (Grüne Liste), Uwe Ronneburger (FDP), Klaus Matthiesen (SPD), Karl Otto Meyer (SSW).



Konnte trotz Verlusten weiter regieren: Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU).

1992

Die Grünen haben 397 Wähler zu wenig

Eine „Sensation um zehn Minuten vor Mitternacht“, wie es in der Presse heißt, kippt am 5. April 1992 das bereits verkündete Wahlergebnis, mit weitreichenden Folgen. Hauptdarsteller des Dramas sind die Grünen – und ein fehlerhaftes Computersystem.

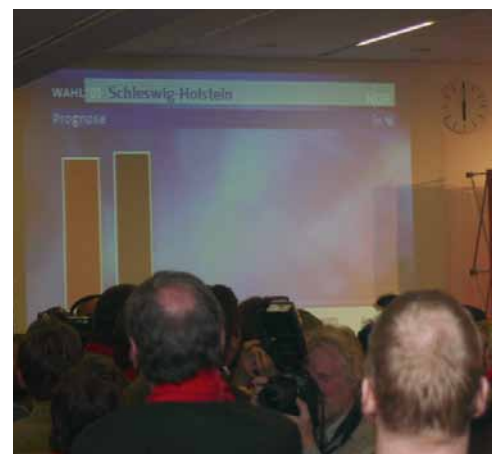
Als Landeswahlleiter Ulrich Mann um 22:00 Uhr das vorläufige amtliche Endergebnis bekannt gibt, scheint die Öko-Partei am Ziel zu sein. Demnach erreichen die Grünen exakt 5,0 Prozent der Stimmen und knacken damit im fünften Anlauf erstmals die Sperrklausel bei einer schleswig-holsteinischen Landtagswahl. Sekt und Rotwein fließen, bis Mann um 23:50 Uhr erneut vor die Presse tritt. Die Computer, so der Spitzenbeamte aus dem Innenministerium, haben das Ergebnis der Grünen fälschlicherweise aufgerundet. Tatsächlich liegen die Umweltaktivisten nicht bei 5,0, sondern bei 4,97 Prozent. Ganze 397 Wähler fehlen zum Einzug ins Parlament.

Zuvor hatte Spitzenkandidatin Irene Fröhlich noch auf einen direkten Durchmarsch in eine rot-grüne Landesregierung gesetzt: „Engholm, wir kommen!“ Nun sitzt der Schock tief. „Mich sollte keiner weinen sehen. Das habe ich durchgehalten“, bekennt die Erzieherin aus Husum.

Am nächsten Tag fragen sich die Spitzen-Grünen, wer denn dem Landeswahlleiter den Tipp gegeben hat, ihr Ergebnis noch einmal zu prüfen. Statt eine erneute Auszählung zu fordern, machen sie dann aber dem Wahlleiter ein Angebot: „Die Grünen akzeptieren die 4,97 Prozent, verzichten im Gegenzug auf einen Parlamentssitz und ziehen nun mit drei Parlamentariern in den Landtag ein“, heißt es in einer Pressemitteilung. Dieser Vorschlag sei als „Satire“ und „Galgenhumor“ zu verstehen.

Nach dem Aus für die Grünen kann die SPD mit Ministerpräsident Björn Engholm alleine weiter regieren, trotz Verlusten von knapp neun Prozent. Der CDU bleibt mit 33,8 Prozent auf dem niedrigen Niveau der Wahl von 1988, die im Schatten der Barschel-Pfeiffer-Affäre gestanden hatte. Die FDP kehrt in den Landtag zurück. Doch der Wahlabend 1992 wird geprägt von einer weiteren Sensation.

Die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) zieht mit sechs Abgeordneten ins Parlament ein. Die Partei des Münchener Unternehmers Gerhard Frey profitiert von einer kontroversen gesellschaftlichen Debatte über Asyl- und Flüchtlingspolitik. „Mir ist zum Heulen zumute“, sagt CDU-Spitzenkandidat Ottfried Hennig mit Blick auf das DVU-Ergebnis. Und Finanzministerin Heide Simonis (SPD) mahnt: „Der braune Dampf geht über uns zusammen, wenn wir nicht aufpassen.“ In der Presse ist von „Warnschuss“ und „Erdbeben“ die Rede, denn am selben Tag zieht mit den Republikanern eine weitere Rechtsaußen-Partei in den Landtag von Baden-Württemberg ein.



Der schwarze Balken steigt höher als der rote: kein Jubel in der SPD-Fraktion am Wahlabend 2005.

2005

Schwarz-Gelb scheitert um 22:30 Uhr

Die Landtagswahl 2005 ist vor allem wegen der spektakulär gescheiterten Wiederwahl von Ministerpräsidentin Heide Simonis in Erinnerung. In vier Wahlgängen im Landtag fehlt ihr jeweils eine Stimme aus dem eigenen Lager. So bleibt das angestrebte Bündnis von Simonis' SPD und den Grünen, toleriert vom SSW, eine Episode. Eine große Koalition unter CDU-Regierungschef Peter Harry Carstensen übernimmt schließlich das Ruder. Am Wahlabend, dem 20. Februar 2005, sieht es lange nach einem ganz anderen Bündnis aus. CDU und FDP liegen fast den ganzen Abend lang in den Prognosen vorne. Erst eine letzte Hochrechnung um 22:30 Uhr macht den schwarz-gelben Träumen ein Ende. Die Liberalen verlieren einen Sitz an die SPD, die Mehrheit kippt ins linke Lager – bis vier Wochen später die Wiederwahl der Ministerpräsidentin auf der Tagesordnung steht.



Gedämpfte Stimmung im Fernsehstudio: Ottfried Hennig (CDU, 2. v. li.), der Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel (SPD, 3. v. li.), Wolfgang Kubicki (FDP, 3. v. re.), Irene Fröhlich (Grüne)



Gute Laune trotz Verlusten: Ministerpräsident Björn Engholm (SPD, re.)

Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, dem Lesen und dem Verstehen. Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.



In einer Wahl-Kabine

Wie wählt man den Land-Tag?

Alle 5 Jahre gibt es eine Wahl.

Die Menschen in Schleswig-Holstein wählen die Politiker und Parteien in den Land-Tag.

Dafür gibt es Regeln wer den Land-Tag wählen darf:

- Man muss in Schleswig-Holstein wohnen.
- Man muss mindestens 16 Jahre alt sein.

Die nächste Land-Tags-Wahl ist am 7. Mai.

Das Wahl-Gesetz sagt, wie die Wähler bei Land-Tags-Wahlen die Abgeordneten bestimmen.

Bei der Land-Tags-Wahl darf jeder Bürger zwei Kreuze auf dem Wahl-Zettel machen.

Das erste Kreuz:

Hier geht es um die Wahl-Kreise

Mit dem ersten Kreuz wählt man den Kandidaten von einem Wahl-Kreis in den Land-Tag.

In Schleswig-Holstein gibt es 35 Wahl-Kreise.

Ein Wahl-Kreis ist ein bestimmter Bereich im Bundes-Land.

Man teilt das Bundes-Land also auf: In 35 Bereiche.

In jedem Wahl-Kreis sollen ungefähr gleich viele Leute wohnen.

Aus jedem Wahl-Kreis kommt ein Politiker in den Land-Tag.

Es gibt mehrere Kandidaten in jedem Wahl-Kreis.

Sie werden meistens von den Parteien ausgesucht.

Die Wähler aus dem Wahl-Kreis entscheiden dann:

Dieser Kandidat aus meinem Wahl-Kreis soll in den Land-Tag.

Der Kandidat, der die meisten Stimmen bekommt, darf in den Land-Tag.

Das zweite Kreuz:

Hier geht es um die Listen von den Parteien

Mit dem zweiten Kreuz bestimmen die Wähler, wie viele Abgeordnete eine Partei insgesamt in den Land-Tag schicken darf.

Dazu stellen die Parteien vor der Wahl eine Liste auf.

Sie legen fest, wer ihre Nummer 1, Nummer 2, Nummer 3 und so weiter ist.

Eine Partei, die viele Stimmen bekommt, kann dann auch viele Abgeordnete in den Land-Tag schicken. Wer wenige Stimmen bekommt, hat auch nur wenige Abgeordnete.

Und wer ganz wenige Stimmen bekommt, darf gar keine Abgeordneten in den Land-Tag schicken.

Stimmzettel
für die Wahl zum Schleswig-Holsteinischen Landtag am 7. Mai 2017
im Wahlkreis 3 Flensburg

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer/eines Wahlkreises-
abgeordneten

hier 1 Stimme
für die Wahl einer Landesliste (Partei)
- maßgebende Stimme für die Verteilung
der Sitze auf die einzelnen Parteien -

Erststimme		Zweitstimme	
1	Rütemeyer, Arno Diplom-Verkehrswirtschaftler (BA) Kanolfstraße 7, 24543 Flensburg CDU	<input type="checkbox"/>	CDU Christlich Demokratische Union Deutschlands Dietrich Guntner, Ingrid Leebing, Kaja Hahn-Höftmann, Klaus Schlie, Barbara Ottensmeyer
2	Dr. Dunkel, Helmer Universitätsprofessor Ostbek 75, 24544 Flensburg SPD	<input type="checkbox"/>	SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands Torsten Abig, Siegel Midjari, Dr. Ralf Stegner, Birgit Henss-Jürgen, Markus Habersaat
3	Andresen, Rasmus Kommunikations- und Verwaltungswissenschaftler Tooboystraße 1, 24530 Flensburg GRÜNE	<input type="checkbox"/>	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Monika Herold, Bernd Voll, Erika von Kolben, Thomas Andresen, Dr. Mariel Söhn
4	Richert, Kay Diplom-Verwaltungswirt Geestbögen 42, 24541 Flensburg FDP	<input type="checkbox"/>	Freie Demokratische Partei Wolfgang Kubicki, Dr. Heinrich Gerg, Anja Karlic, Christaheer Vogt, Oliver Kumbartzky
5	Rotermund, Hans-Joachim Gesundheits- und Krankenpfleger Hauptstraße 31, 24521 Borsdäum PIRATEN	<input type="checkbox"/>	Piratenpartei Deutschland Dr. Patrick Sneyer, Friederike Meyer, Wolfgang Duda, Tori Köppen, Andreas Heide
6	Dirschauer, Christian Diplom-Verwaltungswirt Möller-Rasch-Strasse 8, 24543 Flensburg SSW	<input type="checkbox"/>	Südschleswiger Wählerverband Lars Jarmak, Jutta Wöhringer, Therese, Florming Meyer, Christian Dirschauer, Lars Erik Berthge
7	Ritter, Gabriele Kaufrau für Bürokommunikation Waldhöfen 37, 24543 Flensburg DIE LINKE	<input type="checkbox"/>	DIE LINKE Marlene Kottke, Ulrich Schepers, Katharina Zent, Stefan Karstens, Gabriele Ritter
		<input type="checkbox"/>	FAMILIE Familien-Partei Deutschlands Dr. Klaus Böttgering, Thomas Volbrach, Oliver Krzewanski, Frank Schöbber, Werner Lanzen
		<input type="checkbox"/>	FREIE WÄHLER Freie Wähler Thomas Thiedens, Gregor Vuk, Wolfgang Wänzel, Carsten Mustel, Renar Schuchardt

So sieht ein Wahl-Zettel aus.

Schleswig-Holstein als „Schweiz des Nordens“? Streit über Volks- abstimmungen



Kurz vor der Wahl ging es im Plenum um die Frage, ob die Bürger auch über Gesetze abstimmen sollten. Die Piraten schlugen vor, dass vom Landtag beschlossene Regelwerke per Volksentscheid wieder außer Kraft gesetzt werden können. Damit wollten sie Schleswig-Holstein zur „Schweiz des Nordens“ machen. Alle anderen Parteien lehnten das Vorhaben im Februar strikt ab: Der Plan sei populistisch und zeuge von Misstrauen gegenüber dem Parlament.

Die Idee: Ein Volksentscheid über ein Gesetz soll angesetzt werden, wenn 50.000 Bürger ihn fordern. Sie müssen allerdings eine Frist einhalten: 100 Tage, nachdem das Gesetz im Amtsblatt verkündet worden ist. Kommen die 50.000 Unterschriften zusammen, muss die Volksbefragung innerhalb eines Jahres folgen. Stimmt eine Mehrheit gegen das Gesetz, so tritt es außer Kraft. Ein Quorum, also eine nötige Mindestzahl an Stimmen, soll es nach Willen der Piraten nicht geben. Diese Regelung lehnt sich an das Schweizer Vorbild an, wo die Bürger mehrmals im Jahr über Initiativen und Gesetze abstimmen.

Pro „Mittel gegen Vertrauenskrise“

Die Demokratie steckt in einer „Vertrauenskrise“, befand Piraten-Fraktionschef Patrick Breyer: „Die Bürger misstrauen zunehmend einer als abgehoben empfundenen Elite.“ Ein Volksentscheid über Gesetze gebe den Bürgern die Chance, „sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen“.

Kontra „Das gibt es schon – und zwar besser“

Das seit Jahren etablierte System aus Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid „ermöglicht den Bürgern eine Mitbestimmung außerhalb von Wahlen. Ihr Vorschlag tut das jedoch nicht“, kritisierte

Petra Nicolaisen (CDU) die Piraten. Der Vorstoß zielt nicht auf „konstruktive, gestaltende“ Vorschläge aus dem Volk ab, sondern auf ein „rein destruktives“ Vetorecht.

Kontra „Piraten schüren Vorurteile“

Die Piraten präsentierten „ein Zerrbild unserer parlamentarischen Arbeit“, ereiferte sich Kai Dolgner (SPD) in Richtung der Oppositionsfraktion: „Offenbar halten Sie diesen Landtag für einen Hort machthungerriger, illegitimer Menschen, die sich hier irgendwie hereingemogelt haben, um ihre eigenen Interessen zu vertreten.“ Die Piraten bedienten sich der „Sprache antidemokratischer Parlamentsverächter.“

Kontra „Keine Diktatur der Minderheit“

Burkhard Peters (Grüne) monierte, dass der Vorstoß keine qualifizierte Mehrheit vorsieht: „Das kann im Extremfall bedeuten: 51 Ja-Stimmen genügen, wenn sich nur 100 Menschen beteiligen.“ Das sei „die absolute Diktatur der Minderheit“.

Kontra „Einfallstor für Anti-Demokraten“

Die Volksabstimmung über den Brexit sei ein „Beleg dafür, wie man mit falschen Aussagen und mit Fake News eine Stimmdemokratie herbeiführen kann, die zu

fatalen Ergebnissen führt“, mahnte Wolfgang Kubicki (FDP). Und er hielt den Piraten vor: „Sie öffnen damit ein Ventil für antidemokratische Kräfte, die dem Parlamentarismus gegenüber feindlich gesinnt sind.“

Kontra „Verantwortung nicht abschieben“

Die Piraten wählten einen „bequemen“ Weg und wollten die politische Verantwortung „abschieben“, argwöhnte Lars Harms (SSW). Das entspreche nicht seiner Vorstellung von Abgeordnetenarbeit: „Wenn ich hier ins Parlament gewählt worden bin, dann habe ich spätestens nach fünf Jahren, aber oft auch sofort, in der öffentlichen Diskussion für die Entscheidungen geradezustehen, die ich treffe.“

Pro „Parlamentarismus stärken“

Der Vorschlag seiner Fraktion solle dazu dienen, den Landtag zu stärken, unterstrich Pirat Uli König: „Wir sagen nicht, alles ist Mist, was hier beschlossen wird, sondern wir stehen hinter dem demokratischen Gremium des Landtages.“

Kontra „Widerspruch zum Grundgesetz“

Der Plan widerspreche Artikel 28 des Grundgesetzes, merkte Innenminister Stefan Studt (SPD) an. Demnach muss die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern den Vorgaben des Bundes entsprechen. Die Piraten wollten aber das Parlament seines „Vorranges in der Rechtsetzung“ berauben: „Das verstößt gegen das Demokratieprinzip des Grundgesetzes.“

FAZ-Redakteur
Jasper von Altenbockum
über Populismus:

„Der Volkswille ist eine Illusion“

Die Wahlergebnisse in mehreren Bundesländern, aber auch in Nachbarstaaten, zeigen: Ein Teil der Gesellschaft fühlt sich im Stich gelassen und wirft der Politik vor, gegen das Interesse der Wähler, gegen den „Volkswillen“, zu handeln. Protestpolitiker wie der Niederländer Geert Wilders oder die Französin Marine Le Pen bedienen diese Vorbehalte gegen „die Elite“ und stillen das Bedürfnis nach einfachen Wahrheiten. Aber die kann es in einer Demokratie gar nicht geben, sagt Jasper von Altenbockum.

Gemeinsam mit NDR-Journalistin Julia Stein, die die Veranstaltung moderierte, diskutierte Jasper von Altenbockum mit den rund 200 Gästen im Plenarsaal.

Der verantwortliche Redakteur für Innenpolitik der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) kam Mitte März nach Kiel, um über die „Krise der repräsentativen Demokratie“ zu sprechen und mit rund 200 Gästen im Landtag zu diskutieren. Die Ablehnung des demokratischen Systems sieht er als „Kulturkritik an der globalisierten Klasse“ und als „Ausdruck einer neuen Spaltung der Gesellschaft“.

Dabei spielen die tatsächlichen Lebensumstände, etwa Armut, Arbeitslosigkeit oder ein als zu hoch empfundener Ausländeranteil, häufig gar nicht die entscheidende Rolle, meint Altenbockum. Viele Menschen hätten grundsätzlich das Gefühl, dass sich „die Elite durchsetzt“ – an der Wirklichkeit vorbei und gegen den Willen der Bevölkerung. Diese Kritik äußere sich manchmal auf „schizophrene“ Weise, bemerkt der 55-Jährige. Die Wähler beklagten eine „Bürgerferne“ der Politiker. Aber gleichzeitig verschmähten sie Bürgergesprächen oder Info-Stände und gäben stattdessen ihre Stimme einem „Protestpolitiker, den sie noch nie gesehen haben“.

„Die eine Wahrheit gibt es nicht“

Begriffe wie „Volksverräter“ und „Lügenpresse“ seien Beleg für einen unnachgiebigen Standpunkt, so Altenbockum: nämlich dass es einen „Volkswillen“ und „die eine Wahrheit“ gebe, die die Politik bewusst ignoriere. Populisten wie Wilders und Le Pen versprechen, diese verloren gegangene „Einheit zwischen Volk und Volksvertretern“ wieder herzustellen.

„Der wahre Volkswille ist aber eine Illusion“, hält Altenbockum dem entgegen, ebenso wie die Idee einer „von allen akzeptierten Wirklichkeit“. Er gab ein Plädoyer für die Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit der Gesellschaft ab: „Jeder darf die Wahrheit für



Jasper von Altenbockum leitet das Ressort Innenpolitik der FAZ. Der studierte Politologe und Historiker war zuvor Schleswig-Holstein- und Skandinavien-Korrespondent des Blattes.

sich beanspruchen, solange er andere nicht daran hindert, dasselbe zu tun.“

Eine Ursache für den aktuellen Trend zur Vereinfachung sieht Altenbockum in der veränderten Medienlandschaft: „Man muss im Internet nur alles wegeklicken, was einem nicht passt, und schon hat man die Wahrheit – oder das, was man dafür hält.“ So entstehe eine „Echoblase“, und immer mehr Menschen falle es immer schwerer, sich in die Rolle des anderen zu versetzen.

Diese Haltung widerspreche aber grundlegend dem Gedanken der Parteien- und Parlamentsdemokratie, die auf Ausgleich und Kompromiss ausgerichtet sei. Auch dort werde auf einfache Botschaften gesetzt, etwa wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel mit der These „Wir schaffen das“ für ihre Politik werbe. Aber dennoch gelte: „Die repräsentative Demokratie kennt nur eine Wahrheit: Es gibt keine.“



Thomas Mann und Theodor Storm: „politisch hochaktuell“



Die Ausstellung „Bürger auf Abwegen: Thomas Mann & Theodor Storm“, die im Januar und Februar im Landeshaus zu sehen war, ist auf große Resonanz gestoßen. Allein zur Begleitveranstaltung mit wissenschaftlichen Vorträgen Anfang Februar kamen mehr als 400 Gäste. Zwei der Redner waren der Vorsitzende der Deutschen Thomas-Mann-Gesellschaft, Prof. Hans Wißkirchen aus Lübeck, und der Vorsitzende der Theodor-Storm-Gesellschaft, Prof. Philipp Theisohn von der Uni Zürich. Die Landtagszeitschrift sprach mit den beiden Literaturwissenschaftlern über die aktuelle Bedeutung dieser großen Schriftsteller.

Wir begehen den 200. Geburtstag Theodor Storms, Thomas Mann ist seit mehr als 60 Jahren tot. Was haben die beiden uns heute noch zu sagen?

Prof. Wißkirchen: Spontan fällt mir das Stichwort ein: Donald Trump. In seinen Texten über die USA aus den 50er-Jahren warnt Thomas Mann davor, in einen dumpfen Nationalismus zu verfallen. Sie brauchen nur die Worte „Irak“ oder „Iran“ gegen „Russland“ auszutauschen, und seine Warnungen stimmen leider heute immer noch. Thomas Mann ist im Politischen ein hochaktueller Autor.

Prof. Theisohn: Storm sieht das ähnlich. Schauen Sie sich an, wie er mit einer für ihn existentiellen Frage umgeht: sein Verhältnis zu den Dänen, derentwegen er ja ins Exil musste, und zur sogenannten preußischen Befreiung. Er geht mit diesem Thema sehr vorsichtig um und will sich auf gar keinen Fall nationalistischen Gedanken anschließen. Nach dem Sieg der Preußen schreibt er einem Freund, er ‚hänge keine Fahne raus‘.

In der Fachliteratur wird Thomas Mann gelegentlich als großbürgerlicher Demokratieverächter beschrieben, dessen Wandlung zum Demokraten nicht glaubwürdig gewesen sei. Diese Meinung teilen Sie nicht ...

Prof. Wißkirchen: Das teile ich explizit nicht. Es gibt diese Meinung, aber es ist nicht die Mehrheitsmeinung unter den Forschern. Die aktuelle Forschung sieht in Thomas Mann den gebrochenen Bürger, der durchaus die eigenen Fehler einsieht. Heinrich Mann hat das wunderbar beschrieben, als sein Bruder den Nobelpreis erhielt. Er sagte sinngemäß: Thomas Mann bekam den Preis auch, weil er seinem eigenen Volk nie zu weit voraus war.

Er hat Fehler gemacht, aber im Unterschied zu vielen anderen ist er mit seiner konservativen Haltung nicht bei den Nazis gelandet, sondern ihr großer Gegenspieler geworden. Das ist seine entscheidende Lebensleistung.

Theodor Storm hat ebenfalls seine Position verändert. Als Schleswig-Holstein preußisch wurde, hat er fast schon die Dänen vermisst, die er zuvor bekämpft hatte ...

Prof. Theisohn: Die Storm-Forschung hat ihn bis in die 1960er-Jahre als jemanden dargestellt, der für das Deutschtum einsteht, gegen die dänische Fremdherrschaft. Das deckt sich aber nicht mit der Realität. Storm hatte weniger ein Problem mit den Dänen, als vielmehr mit der Monarchie. Und diese Probleme hatte er auch mit den Preußen. Es gibt Stellen in seinen Briefen, in denen er es ganz explizit als Ungeheuerlichkeit bezeichnet, dass die Rechte der dänischen Minderheit von den Preußen ignoriert wurden.



Haben Sie einen Tipp für den Schulunterricht: Welche nicht so bekannten Werke von Mann und Storm sollten in der Schule gelesen werden?

Prof. Wißkirchen: Ich würde „Mario und der Zauberer“ vorschlagen. Das ist eine Novelle, die 1930 spielt. Einerseits ist es eine Künstlernovelle. Es geht darum, dass eine Familie in einem italienischen Badeort eine Zaubervorstellung miterlebt. Am Ende, das ist sehr drastisch, wird jemand erschossen. Es steckt aber auch sehr viel politisches Gespür darin. Italien ist 1930 schon sehr stark faschistisch geprägt. Und dies ist ein meisterhafter Text, der sehr anschaulich schildert, wie Menschenverführung funktioniert – durch Massenpsychologie. An dem Text kann man vieles lernen, was heute wieder sehr aktuell ist. Überschaubar, spannend und mit einer Lehre, die nicht plakativ daherkommt.

Prof. Theisohn: „Renate“, eine spätere Novelle von Storm, bietet sich sehr gut an. Dort hat man einen Erzähler, der ideologisch verblendet ist, der an dämonische Besessenheit glaubt, der denkt, der Teufel wäre in der Welt. Er lässt sich von anderen einreden, seine Frau und seine Familie seien von Dämonen besessen. Und sein Entkommen aus der ideologischen Befangenheit, heute würde man sagen: aus der Filterblase, ist erzählerisch meisterhaft gelungen. Aus diesem Text kann man in der Schule viel machen. Er ist nicht schwer zu lesen, und er hat zudem einen schleswig-holsteinischen Kontext, weil er in und um Schwabstedt spielt.

Interview: Karsten Blaas

Thomas-Mann-Forscher
Prof. Hans Wißkirchen (li.),
Theodor-Storm-Experte
Prof. Philipp Theisohn



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



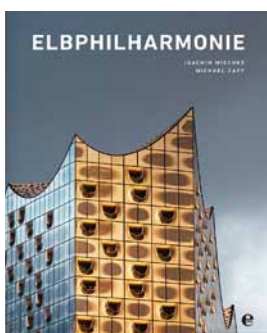
Wer mit zwei Stimmen wählt ... Beobachtungen, Bemerkungen und neue Beiträge zur Wahl der Parlamente in Bund und Land. Hrsg.: Manfred C. Hettlage. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag 2015. 222 S.

Manfred C. Hettlage kritisiert das in seinen Augen vollkommen überfrachtete Wahlsystem in Deutschland. Die Doppelwahl mit Erst- und Zweitstimme, das Mischmasch aus Personen- und Parteienwahl, findet in seinen Augen keine Gnade. Er hält es für einen Schildbürgerstreich, wenn Wähler mit der einen Stimme die Regierung im Amt bestätigen und mit der anderen aus dem Amt abwählen können – und fordert tiefgreifende Wahlrechtsreformen.



Nationaltheater. Wie falsche Patrioten unseren Wohlstand bedrohen. Von Henrik Müller. Frankfurt am Main: Campus 2017. 218 S.

Rund um den Globus läuft derzeit ein Großangriff auf unseren Wohlstand. Grenzen schließen sich, selbst in Europa. Die internationale Verflechtung der Wirtschaft wird nach und nach zurückgenommen, wir stehen am Beginn einer De-Globalisierung. Diese Entwicklung ist besonders für die deutsche Wirtschaft hochproblematisch, weil sie das bundesrepublikanische Geschäftsmodell infrage stellt. Der Wirtschaftsexperte Henrik Müller seziert die Argumente der Neonationalisten und zeigt auf, wie ihre populistische Politik unserer Wirtschaft schadet.



Elbphilharmonie. Von Joachim Mischke und Michael Zapf. Hamburg: Edel Books 2016. 246 S.

Die gläserne Welle auf dem Backsteinbau ist das neue Wahrzeichen Hamburgs. In einer nie dagewesenen Kombination aus traditioneller Bauweise und futuristischem Design entstanden einer der besten Konzertsäle der Welt, ein Hotel, eine offene Plaza und Luxus-Apartments. Das reich bebilderte Werk des Kulturjournalisten Joachim Mischke und des Fotografen Michael Zapf dokumentiert die komplette Entstehungsgeschichte dieses Jahrhundertprojekts.

Broschüren erschienen

Unter dem Motto „Mal doch mal den Landtag an!“ hat das Landesparlament sein Malbuch für Kinder neu aufgelegt. Sechs Motive aus dem Haus an der Förde warten darauf, mit Buntstiften verziert zu werden.

Außerdem sind die Dokumentationen zu den letztjährigen Veranstaltungen „Altenparlament“ und „Jugend im Landtag“ erschienen. Die jeweils über 300 Seiten starken Bände dokumentieren die Beschlüsse der Senioren und der Nachwuchspolitiker sowie die Stellungnahmen der Landtagsfraktionen, der Landesministerien und der schleswig-holsteinischen Bundestags- und EU-Abgeordneten.

Erhältlich sind die Bücher, wie immer kostenlos, unter bestellungen@landtag.ltsh.de oder über den Internetauftritt des Landtages www.sh-landtag.de, Rubrik „Service“, Stichwort „Publikationen bestellen“.

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Janine Wergin (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, janine.wergin@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltuschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Janine Wergin, Detlef Ziep, Vivien Albers, Alexandra Ehlers, Archiv des Landtages, Landesarchiv, dpa Bildfunk, DBSV Friese, Timo Klostermeier (pixelio.de), Sokaeiko (pixelio.de), Norbert Staudt (pixelio.de), TommyS (pixelio.de), Alexander Hauk (pixelio.de), Erich Westendarp (pixelio.de), Edel Books, Campus Verlag, Wissenschaftlicher Verlag, FUEN, Bundeszentrale für politische Bildung, pixsisell (Fotolia), sveta (Fotolia), Tobif82 (Fotolia), M. Dörr & M. Frommherz (Fotolia), Can Yesil (Fotolia)

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;

Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN / I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239, 24119 Kronshagen, www.druckgesellschaftmbh.de

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)

Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

4. April 2017

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de



Der neue Kommandeur der Marineschule Mürwik in Flensburg, Flottenadmiral Kay-Achim Schönbach, absolvierte Mitte Februar seinen Antrittsbesuch bei Landtagspräsident Klaus Schlie. Admiral Schönbach war zuvor unter anderem Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg und Kommandeur eines NATO-Verbandes im Mittelmeer.



Fröhliches Treiben statt ernster Politik: Zum Abschluss der närrischen Jahreszeit haben Anfang März rund 50 junge und ältere Karnevalisten das Landeshaus besucht.

Zu Besuch im Landeshaus



Nadia Murad berichtete Ende Februar vor gut 100 Gästen über ihre Erfahrungen als Gefangene der Terrororganisation „Islamischer Staat“. Die 24-jährige Irakerin entkam den Extremisten und wirbt inzwischen als „UN-Sonderbotschafterin für die Würde der Überlebenden des Menschenhandels“ um Aufmerksamkeit für das Leiden der jesidischen Gemeinschaft im Irak und in Syrien.



Anlässlich des zweiten Jahrestages der Anschläge auf das Satireblatt „Charlie Hebdo“ in Paris besuchte der französische Botschafter Philippe Etienne (li.) Anfang Januar das Landeshaus. Er nahm an der Veranstaltung „Charlie Continue!“ („Charlie macht weiter!“) teil. Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann begrüßte den Gast.



Helge Albrecht aus Kiel war der gefeierte Sieger des plattdeutschen Poetry-Slams im Plenarsaal, den der Landtag gemeinsam mit der NDR 1 Welle Nord Ende März ausrichtete. Applaus kam auch von der zweitplatzierten Ostfriesin Anni Heger (re.). Im Hintergrund die weiteren Teilnehmer.

Nr. 1/2017 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit und
Veranstaltungsmanagement, L1410,
Postfach 7121, 24171 Kiel

Besucherdienst: Informationen und Diskussion im Landeshaus

Rund 13.000 Gäste
nehmen jedes Jahr eines
der Besuchsprogramme
des Landtages wahr.



Besuch einer Plenar- debatte

Einführung in die Thematik,
Besuch der Debatte, nach-
bereitendes Gespräch mit
Abgeordneten.

- Teilnehmer: maximal
50 Personen ab 15 Jahren
- Dauer: ca. 2 ¼ Stunden
- Termine: an Plenartagen

Diskussion mit Abgeordneten

Einführung in Aufgaben und
Arbeitsweise des Landtages,
anschließendes Gespräch
mit Abgeordneten.

- Teilnehmer: maximal
50 Personen ab 15 Jahren
- Dauer: ca. zwei Stunden
- Termine: dienstags, 10:00 –
12:00 Uhr, mittwochs und
donnerstags 10:00 – 12:00
Uhr oder 14:00 – 16:00 Uhr

Kleingruppengespräche mit Abgeordneten

Einführung in Aufgaben und
Arbeitsweise des Landtages,
anschließende Gespräche in
Gruppen von ca. fünf Per-
sonen mit jeweils einem
Abgeordneten.

- Teilnehmer: maximal
30 Personen ab 8. Klasse
- Dauer: ca. 2 ¼ Stunden
- Termine: dienstags,
mittwochs, donnerstags
10:00 – 12:15 Uhr

Speed-Talking mit Abgeordneten

Einführung in Aufgaben und
Arbeitsweise des Landtages,
anschließend kurze Ge-
spräche in Gruppen von ca.
fünf Personen mit wechseln-
den Abgeordneten.

- Teilnehmer: maximal
30 Personen ab 8. Klasse
- Dauer: ca. 2 ¼ Stunden
- Termine: dienstags,
mittwochs, donnerstags
10:00 – 12:15 Uhr

Seminare

Für Gruppen mit beson-
deren Fachinteressen wie
WiPo- oder Rhetorikkurse
und für Multiplikatoren wie
Lehrkräfte werden Seminare
mit Besuchen der Fach-
ausschüsse, Fachgesprächen
und Diskussionen angebo-
ten. Die Programme können
individuell vereinbart
werden.

- Teilnehmer:
maximal 40 Personen
- Dauer: nach Absprache
- Termine: nach Absprache

**Aufgrund der starken Nachfrage kann es zu
Wartefristen von mehreren Monaten kommen.
Bitte melden Sie sich frühzeitig an.**

Susanne Keller (0431) 988-1118
Sigrid Moser (0431) 988-1121
Andrea Römer (0431) 988-1116
E-Mail: besucherdienst@landtag.ltsh.de

Informationsprogramm

Einführung in Aufgaben und
Arbeitsweise des Landtages
unter Berücksichtigung des
Vorwissens und der Interes-
sen der Gruppe.

- Teilnehmer:
maximal 50 Personen
- Dauer: ca. 1 ½ Stunden
- Termine: nach Absprache

Rollenspiele

Nach den Regeln einer
Plenardebatte diskutieren
Kinder und Jugendliche
Themen ihrer Wahl. Für
die Teilnahme an einem
Rollenspiel wird die Vor-
bereitung im Schulunter-
richt vorausgesetzt. Der
Besucherdienst berät und
unterstützt Sie gerne. Bereits
ausgearbeitete Rollenspiele
sind erhältlich.

- Teilnehmer: maximal
50 Personen ab der 4. Klasse
- Dauer: nach Absprache
- Termine: nach Absprache

Der Landtag lädt ein zum Offenen Besucherabend

Das Referat für Öffentlichkeitsarbeit lädt
zum Offenen Besucherabend ins Landes-
haus.

An acht Montagen stehen der Plenarsaal
sowie weitere zentrale Bereiche des histori-
schen Gebäudes offen. Zwei Führungen sind
auf Plattdeutsch und werden vom Schleswig-
Holsteinischen Heimatbund angeboten. Das
Programm dauert gut eine Stunde und beginnt
um 18:00 Uhr im Eingangsbereich. Voran-
meldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren
Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine: 24. April, 26. Juni, 3. Juli (**op
Platt**), 25. September, 30. Oktober, 6. No-
vember (**op Platt**), 27. November.

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angele-
genheiten, Samiah El Samadoni, ist auch
im Frühjahr wieder im Lande unterwegs,
um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 6. April: Lübeck

Dienstag, 18. April: Heide

Donnerstag, 4. Mai: Lübeck

Mittwoch, 10. Mai: Harrislee

Dienstag, 16. Mai: Heide

Donnerstag, 1. Juni: Lübeck

Dienstag, 20. Juni: Heide

Dienstag, 27. Juni: Schwarzenbek

Donnerstag, 6. Juli: Lübeck

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen
Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150,
10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postel-
weg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Schwarzenbek** im Rathaus,
Ritter-Wulf-Platz 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Harrislee** im Bürgerhaus,
Süderstraße 10, von 13:00 bis 17:00 Uhr.
Zu den Terminen ist eine Anmeldung er-
forderlich. Telefon: 0431/988-1240.

Hinzu kommen die regelmäßigen
„Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karo-
linenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00
bis 18:30 Uhr.